

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Petition zur Änderung des Steiermärkischen Baugesetzes 1995 – Ladestationen, Lifteinbau in Altbauten

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt namens von ÖVP, SPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich darf oder muss oder soll Sie oder euch heute wieder „belästigen“, wenn ich das unter Anführungszeichen sagen darf mit Änderungen in Richtung Baugesetz. Das letzte Mal war das Raumordnungsgesetz sozusagen auf der Tagesordnung meines dringlichen Antrages. Ich darf vielleicht eingehend schon sagen, dass sowohl das Baugesetz, also insbesondere auch das Raumordnungsgesetz, das Steiermärkische, natürlich da und dort, und das sage ich jetzt sehr vorsichtig, für den urbanen, für den städtischen Bereich, für den verdichteten Bereich, für die Altstadtsituation da und dort verbesserungswürdig ist, ich sage das bewusst vorsichtig, aber immerhin geht es darum, dass wir auch die Gesetze (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), die eben zur Anwendung zu bringen sind, ob das jetzt in raumordnungsrechtlichen Verfahren oder baubehördlichen Verfahren sind, eben an unsere Verhältnisse angepasst werden sollte.

Im ersten Bereich meines dringlichen Antrages, der unterstützt wird von den Grünen und von der SPÖ, dankenswerterweise, geht es um nichts anderes, als dass man zukünftig die Ladestationen für Elektrofahrzeuge in der Betrachtungs- und in der Bewilligungsweise vereinfacht. Der Ausbau der E-Mobility ist kein Geheimnis mehr und es ist also notwendig, dass wir hier eine klare Vorgabe auch durch den Gesetzgeber haben, wie wir mit diesen Ladestationen, ganz gleichgültig, ob sie jetzt im Freien oder im Inneren eines Gebäudes, in einer Garage errichtet werden, dass hier die einheitliche Vorgangsweise gewählt wird, das uns der Landesgesetzgeber klar

vorgibt. Vielleicht ein wichtiger Punkt und der bildet sich ab im letzten Satz des Punktes 1 meines dringlichen Antrages, es geht also auch darum, dass es durchaus Sinn machen würde, der Stadt Graz eine Verordnungsermächtigung einzuräumen, damit man auch die entsprechende Anzahl an Abstellplätzen, die eben mit E-Ladestationen auszurüsten sind, in eine Form gießen kann, diese Anzahl auch hier vorzuschreiben, dass es ermöglicht wird, diese Anzahl auch vorzuschreiben.

Der zweite Punkt scheint mir ein wichtiger Punkt zu sein oder ein noch wichtigerer Punkt zu sein. Hier geht es darum, dass wir in vielen Bereichen, und ich habe zuerst einmal gar nicht gedacht daran, weil ein Einzelfall an mich herangetragen wurde, dass in vielen Fällen bei uns Gebäude so situiert sind, insbesondere auch im städtischen Kernbereich, dass der Zugang zu den Wohnungen über zweihüftige Stiegenhäuser hier nur möglich ist und ein Lifteinbau auf der Straßenseite selbstverständlich nicht möglich ist, sondern nur im Hofbereich. Jetzt schreibt aber das Steiermärkische Baugesetz vor, dass von den Abstandsbestimmungen, die klassisch sozusagen ein Nachbarrecht auch im Sinne des Gesetzes sind, nur dann abgewichen werden kann, wenn eine durchgehende Barrierefreiheit erreicht wird. Das ist natürlich bei solchen Situationen, die ich jetzt geschildert habe, und im Antrag habe ich auch versucht, als Techniker das ein bisschen planlich darzustellen, ist es also nicht möglich, eine durchgängige Barrierefreiheit zu erreichen, um eben beim hofseitigen Lifteinbau diese Abstandsbestimmung eben nicht einhalten zu müssen. Das heißt, mein Antrag geht dahingehend, darüber nachzudenken oder den Landesgesetzgeber aufzufordern, auch für diese Situation eine Lösung zu finden. Insbesondere haben wir in diesen Häusern schon oft ältere Personen wohnhaft, für die es schon eine wesentliche Erleichterung wäre, wenn es nur über ein paar Treppen, sage ich einmal, die Zugänglichkeit zu einem hofseitigen Lift möglich wäre. Man könnte dann drei Stockwerke, vier Stockwerke mit dem Lift überwinden und dann wieder die paar Stufen zur eigenen Wohnung über den sozusagen von der Hofseite zur Straßenseite gehenden Halbstock oder diesen Halbstock zu überwinden. Das wäre das Ansinnen meines zweiten Teiles.

Ich darf daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

kurz formulieren: Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen, dass das Land Steiermark im Petitionswege aufgefordert wird:

1. Ladestationen für Elektrofahrzeuge im Freien und in Garagen in den Katalog der anzeigepflichtigen Bauvorhaben aufzunehmen, also nicht bewilligungspflichtig, sondern nur im Anzeigeverfahren bewilligungspflichtig.
2. Für Baumaßnahmen an Altbauten die Bestimmung des § 97 Steiermärkisches Baugesetz insofern zu ändern, dass Erleichterungen nicht nur gegenüber den Vorschriften des I. Teiles des 2. Hauptstückes, das ist jetzt rechtlich ein bisschen kompliziert dargestellt, aber ist, glaube ich, richtig beantragt, zugelassen werden können, sondern auch hinsichtlich der Abstandsbestimmungen des § 13 Steiermärkisches Baugesetz, sofern es sich um Aufzugsanlagen zur Personenbeförderung als Zubau zu bestehenden Gebäuden handelt und die Herstellung der Barrierefreiheit auf Grund der im Altbau bestehenden Stiegenhäuser mit Halbstockwerken, das ist das Entscheidende, mit wirtschaftlich zumutbaren Kosten nicht erzielbar ist.

Ich darf um Zustimmung zu diesem Antrag, der, wie gesagt, von der SPÖ und von den Grünen mitunterstützt wird, bitten. Danke (*Applaus ÖVP*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 16.20 Uhr

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Damit ist, glaube ich, die Diskussion über die Dringlichkeit erledigt, nachdem er von drei Parteien eingebracht wird und wir kommen zum inhaltlichen Teil.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen vorausschicken, dass wir namens der KPÖ dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag in beiden Punkten vollinhaltlich zustimmen werden. Haben uns aber gedacht aufgrund dieser Problematik, dass man einen andere Aspekt in Form eines Zusatzantrages noch mithineinnehmen sollte und zwar Übereinstimmung besteht natürlich darin, dass ein Lifteinbau in Altbauwohnungen insbesondere für Menschen mit Behinderung eine dringend notwendige Maßnahme ist und dafür ist natürlich auch die Veränderung in dem Baugesetz auch eine wesentliche Voraussetzung. Aber unser Hauptproblem, das wir bei einem nachträglichen Lifteinbau sehen, liegt darin, dass er im Sinne des Mietrechtsgesetzes keine Erhaltung, sondern eine Verbesserung darstellt und mit sehr hohen Kosten verbunden ist, und da das Land Lifteinbauten zur Zeit aber nur mit 14 % fördert, kommt es sehr oft vor, dass entweder die MieterInnen dem nicht zustimmen können und dann ein Lifteinbau nicht möglich ist oder dass eben die Kosten wirklich in dem Maße auf sie übergewälzt werden, und um da eine notwendige Maßnahme, vielleicht auf Landesebene, setzen zu können, haben wir namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Zusatzantrag, der als Punkt 3 eben ergänzend eingefügt werden soll und zwar mit folgendem Wortlaut:

„Bei nachträglichem Lifteinbau in Altbauten soll eine Erhöhung der derzeitigen Wohnbauförderung des Landes von 14% überdacht werden“, und ich hoffe, eure Zustimmung mit diesem Anliegen zu finden (*Applaus KPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Ulli Taberhofer, lieber Georg Topf! Wir sind ja Mit Antragsteller des Antrages der ÖVP, Georg Topf, den wir vollinhaltlich unterstützen und natürlich aufgrund Rahmenbedingungen, die wir in der Stadt Graz haben, haben wir sehr hoher Anteil an Gründerzeithäusern, die dahingehend nicht mit Barrierefreiheit ausstattbar sind, wie es der Kollege Topf in seinem Antrag dargelegt hat und aufgrund der Tatsache, dass eine immer mehr alternde Gesellschaft hier in dieser Stadt wie auch in anderen Städten und Orten Österreichs und Europas vorhanden ist, unterstützen wir sowohl natürlich den Antrag als auch den Zusatzantrag der Kollegin Taberhofer (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag von Mag.^a Taberhofer wurde einstimmig angenommen.

2) Initiative zur Errichtung eines überbetrieblichen Lehrwerkstätte

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Liebe Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In meinem dringlichen Antrag geht es um eine Initiative als Mittel der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Ich glaube, es ist an keinem von euch spurlos vorübergegangen, dass die Februar-Zahlen, die aktuellen Arbeitsmarktzahlen des Arbeitsmarkt-Service Graz im Februar alarmierend waren, erschreckend waren, dramatisch waren, ohne dass man da jetzt besonders hier noch zusätzliche Ängste hinsichtlich dieser Thematik schüren möchte, aber immerhin, wenn über 15.000

Grazerinnen und Grazer arbeitslos vorgemerkt sind, wenn die Arbeitslosigkeit in Graz um rund 12 % gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres gestiegen ist, wenn wir auch bei den Jugendlichen bis zu 25-Jährigen einen Anstieg haben von über 12 %, oder Prozente geben nicht so viel her, sondern wenn man das in Zahlen gießt, dass rund 1.600 Personen jugendliche Arbeitslose sind, dann glaube ich, ist es höchst an der Zeit, dass wir uns wieder einmal hier auch im Gemeinderat als Stadt Graz, als Kommunalpolitiker mit diesem Thema, mit der Frage zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, mit der Frage von Schaffung von Ausbildungsplätzen, von Arbeitsplätzen beschäftigen. Und wir stehen ja hier nicht zum ersten Mal da, ich denke hier vor allem an meinen Fraktionskollegen Willi Kolar, der in unzähligen Anträgen und Wortmeldungen hier immer wieder auch auf die etwas seltsame Situation der Stadt Graz und der Holding hingewiesen hat, dass die Stadt Graz mit tausenden Beschäftigten in den eigenen Betrieben in der Stadt aber lediglich zwei oder drei Dutzend Lehrlinge ausbildet, ungefähr ein Drittel davon, was die Metropole Leoben zum Beispiel ausbildet, also muss einem das schon zu denken geben und noch dazu, wenn ich davon ausgehe, dass zur Zeit mit Ende Februar mehr als 400 Personen in Graz, Buben und Mädchen, Männer und Frauen hier nach einer Lehrstelle gesucht haben und das immerhin einen gewaltigen Anstieg von rund 84 % ausmacht. Jetzt mag es viele Ursachen geben, und auch Arbeitsmarktexperten haben natürlich darauf hingewiesen, ob das die extreme Februarkälte ist, ob das eine gewisse Winterarbeitslosigkeit ist, ob das überhaupt möglicherweise auch ein gewisse Sorge der Betriebe ist, wie es im Bereich der Wirtschaft, der Aufträge, der Beschäftigung, der Auftragslage weitergeht. Mag das alles mit ein Grund sein, dass diese Arbeitslosigkeit und speziell also auch die Jugendarbeitslosigkeit hier gestiegen ist, aber gerade deshalb sind wir, glaube ich auch, als Kommunalpolitiker gefordert, nicht nur zu sagen, Angelegenheiten des Arbeitsmarktes, der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind Angelegenheiten des Bundes, sind Angelegenheiten ausschließlich des AMS oder sind Angelegenheiten der Wirtschaft. Und so kommt es nämlich auch nicht von ungefähr, dass viele Expertinnen und Experten, und das geht über alle Parteigrenzen hinweg, zur Überzeugung gelangt sind, einen wesentlichen

Beitrag zur Minimierung der Arbeitslosigkeit auch die Frage der Ausbildung, der Frage der Qualifikation eine wesentliche Rolle spielt und es ist erfahrungsgemäß so, und da braucht man kein Arbeitsmarktexperte sein, dass jene Personen mit einer entsprechend hohen Qualifikation, mit Facharbeiterniveau etc. hier bei weitem bessere Chancen am Arbeitsmarkt vorfinden. Und zum anderen, und das ist auch, wie gesagt, ein geflügeltes Wort, dass die Wirtschaft natürlich interessiert ist, um den Wirtschaftsstandort Graz auch entsprechend abdecken zu können, natürlich auch an entsprechend hochqualifizierten Personen, ob Jugendliche, ob Erwachsene, hier interessiert sind. Und deshalb auch der Sinn und Zweck meines dringlichen Antrages, nachdem die Stadt Graz mit der Holding hier über Möglichkeiten verfügt und wenn man sich die Berufsfelder in dieser Stadt Graz, in dieser Holding anschaut, dann werden durch die Bediensteten, durch die Mitarbeiter rund 200 verschiedene Berufe hier abgedeckt und ich brauche gar nicht beginnen von einem Gärtner hin bis zu einem ITG-Techniker, die heute hier alle in der Stadt Graz ihren Dienst versehen und Expertinnen und Experten sind und die sehr wohl auch für eine qualifizierte Ausbildung von Nachwuchskräften hier herangezogen werden könnten. Und nicht nur jetzt der Gewinn in diesem Projekt, das ich hier heute eben vorschlage und würde euch um eure Unterstützung bitten, hier das voranzutreiben, nämlich die Überlegung einer möglichen gemeinsamen überbetrieblichen Lehrwerkstätte, würde also nicht nur den Jugendlichen und vielen, vielen Jugendlichen die Möglichkeit einer Höherqualifizierung, einer guten fundierten Ausbildung bringen, sondern sie würde auch dazu dienen, dass Grazer Unternehmungen hier auf ein entsprechendes Arbeitskräftepotential, auf ein gut ausgebildetes qualitativ hochwertiges Arbeitskräfte- und Facharbeiterpotential zurückgreifen kann und letztendlich würde das auch sicherlich den einen oder anderen Unternehmer dazu bewegen, hier möglicherweise die Zukunft seines/ihres Betriebes in der Stadt Graz zu sehen, weil hier entsprechende fähige Arbeitskräfte vorhanden sind.

Aus diesem Grund und ausgehend von diesem hier genannten Grund im Motivenbericht stelle ich daher namens unserer SPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

dringlichen Antrag:

Der Bürgermeister wird ersucht, unter Koordination durch die Magistratsdirektion eine ressort- und ämterübergreifende Expertengruppe, der auch VertreterInnen der städtischen Betriebe und Unternehmungen angehören sollten, einzusetzen, die gemäß Motivenbericht in Zusammenwirken mit AMS, Berufsbildungseinrichtungen, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, ÖGB und Arbeiterkammer die Notwendigkeiten und Voraussetzungen für die Errichtung einer überbetrieblichen Lehrwerkstätte in Analogie zu den bestens funktionierenden Modell, das die Stadt Wien mit dem AMS in Wien durchführt im Namen oder unter dem Begriff der Ausbildungsgarantie, hier zu überprüfen und nach Möglichkeiten zu suchen, inwieweit eine überbetriebliche Lehrwerkstätte im Haus Graz unter Beteiligung der Grazer Wirtschaft möglich ist. Gleichzeitig mit dieser Prüfung erwarten wir uns und schlagen wir in diesem dringlichen Antrag auch vor, dass dem Gemeinderat in der Juni-Sitzung hier einmal ein Zwischenbericht, also sicherlich noch weit, weil das eine komplexe Materie ist, die auch gut vorbereitet gehört und eines entsprechenden Aufwandes bedarf, dass hier einmal ein Zwischenbericht passiert im Juni. Dies natürlich auch als deutliches Signal, dieser dringliche Antrag, an die Grazer Bevölkerung, um zu zeigen, dass wir das Thema der Arbeitslosigkeit ernst nehmen, dass wir uns nicht zurücklehnen und sagen, das ist Aufgabe anderer...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Herr Gemeinderat, du bist schon zwei Minuten 40 über der Zeit, bitte.

GR.- **Eichberger**: . sondern, dass wir als Kommunalpolitiker selbst hier Hand anlegen und nach Möglichkeiten hier suchen. In diesem Sinne und aufgrund auch des Aufrufes

des Vorsitzenden darf ich jetzt zum Schluss kommen und euch um eine breite Unterstützung in dieser Frage und in diesem Anliegen bitten. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics** zur Dringlichkeit: Grundsätzlich, der Klaus Eichberger und ich haben vorher schon kurz oder eigentlich ein bisschen länger gesprochen, weil wir zuerst die Vermutung gehabt haben, was sich natürlich nicht bestätigt hat, dass es eventuell aufgrund eines langen Gesprächs, das der Herr Bürgermeister letzte Woche mit Snobe und Kraft geführt hat, zu diesem Antrag gekommen ist, aber es geht tatsächlich um die Sorge und um das berechtigte Anliegen, dass wir schauen, dass wir zu mehr Lehrlingen in der Stadt Graz kommen und zwar besonders auch in jenem Bereich, wo es um Jugendliche geht, die aufgrund ihrer sozialen Situation vielleicht nicht so leicht den Zustieg in einen Lehrberuf am freien Arbeitsmarkt schaffen (*Applaus ÖVP*). Das heißt, wir werden, es gibt ein fertig ausgearbeitetes Projekt über den Verein Pasch von der Mag.^a Zollneritsch, das wir auch dem AMS weitergegeben haben mit der Bitte, darüber nachzudenken, wie eine Kooperation mit der Stadt Graz ausschauen könnte...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Rajakovics**: ...nein, wir haben ja schon gesprochen vorher, es hat damit nichts zu tun. Es gibt ein fertiges Projekt und das Ziel ist, dass die Stadt Graz in den nächsten Jahren also insgesamt 60 zusätzliche Lehrlinge zu jenen Lehrlingen aufnimmt, die bereits bei der Stadt Graz, im Haus Graz beschäftigt sind. Das Ziel ist es, dass wir bereits beim Hauptschulabschluss an jene Jugendliche kommen, die vom sozialen

Hintergrund es wahrscheinlich schwieriger haben werden, einen Lehrplatz zu finden, sie dann schon im Polytechnikum begleiten und dann natürlich auch den Einstieg als Lehrlinge in der Stadt Graz begleiten. Parallel dazu hat es ein Gespräch mit der Wirtschaftskammer gegeben mit ihrem Präsidenten Herk, wo es auch darum geht, dass es nicht nur darum geht, dass wir Jugendliche bis zu diesem von vielen Experten angesprochenen ominösen Alter von 16 begleiten und eventuell dann auf einen normalen Lehrplatz weitervermitteln. Das heißt, diese Möglichkeit soll es auch geben und letztlich würden, wenn wir Jugendliche auch weiterbringen zu einem anderen Lehrplatz, auch diese Lehrlinge im darauffolgenden Lehrjahr nachbesetzen. Das heißt, das Ziel ist es, jedes Jahr 20 zusätzlich Lehrlinge in Graz aufzunehmen, sodass wir in einer Lehrlingsperiode drei Jahre 60 Lehrlinge zusätzlich in der Stadt Graz beschäftigen, die noch dazu aus sozial schwierigeren Verhältnissen kommen und wir werden gerne, Klaus, ich habe dir schon gesagt, natürlich auf einen Experten aus dem AMS nicht verzichten, wir werden, so es eine Kooperation gibt, und dann wäre der Klaus Eichberger, wer, wenn nicht der Klaus, wäre dann geeignet, dass er auch in einer Arbeitsgruppe, die das Ganze begleitet auch mitmacht, dann werden wir entsprechend auch schauen, dass das von Seiten der Gemeinde, des Gemeinderates auch begleitet wird. Jedenfalls aus diesem Grund, nicht weil wir der Meinung sind, dass das nicht ein wichtiges Anliegen ist, sondern weil das Projekt bereits eingereicht ist, wird es von uns keine Zustimmung zur Dringlichkeit geben, wohl aber gibt es, wie auch schon, und das, glaube ich, muss man da hier auch unterstreichen, auch im Bereich von Menschen mit Behinderung sind wir nach wie vor leider die einzige Stadt in Österreich, die Menschen mit einem Behinderungsgrad von mehr als 50 % anstellt, auch da haben wir eine Vorreiterrolle gehabt und ich glaube, nachdem von dem Sozialminister auch die Devise ausgegeben wurde, es soll kein Jugendlicher auf der Straße bleiben, sondern Beschäftigung für alle 15/16-Jährigen nach dem Schulabschluss meist über Beschäftigungstherapieprojekte, mit diesem Projekt kommen wir, glaube ich, zu einer Kooperation, wo die Jugendlichen tatsächlich nicht nur eine gute Chance auf gute Betreuung haben, sondern letztlich auch eine relativ große Hoffnung, dass diese Jugendlichen dann zu einem echten Abschluss kommen.

Deshalb herzlich eingeladen, Klaus, bitte da dabei zu sein, das ist der Grund, warum wir nicht für die Dringlichkeit sind, aber das Anliegen ist uns selbstverständlich sehr wichtig (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 16.40 Uhr den Vorsitz.

GR. **Eber:** Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Klaus Eichberger und lieber Thomas Rajakovics! Ich bin zunächst einmal der Meinung, dass die Zahlen, die der Klaus da dankenswerterweise auszugsweise präsentiert hat, wie sich die Arbeitslosigkeit auch in Graz entwickelt hat, für sich sprechen und von da her ist es für mich eigentlich ganz klar, dass wir der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen werden. Im Klub hat es, möchte ich sagen, für etwas Verwunderung gesorgt allerdings, dass die sozialdemokratische Partei Graz einen derartigen Antrag einbringt, denn wenn man bedenkt, welche Auswirkungen auch die Belastungspakete auf Bundesebene und auf Landesebene haben, dann verwundert uns das eben, wenn man sieht, dass die sozialdemokratische Partei sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene die tonangebende Koalitions- und Regierungspartei ist. Und gerade auf Bundesebene mit den längeren Arbeitszeiten bis hin zur Pension, auf Landesebene mit den zahlreichen Kürzungen im Sozialbereich, im Kulturbereich, in anderen Bereichen ist es eine fast zwingende Folge, dass erstens die Gemeinden auch weniger Geld haben und zweitens, dass immer mehr Menschen in diesem Land, auch in unserer Stadt, arbeitslos werden. Von da her, glaube ich, kann auch die SPÖ in Graz irgendwie nicht sagen, also mit dieser Partei, mit dieser SPÖ auf Bundesebene, mit dieser SPÖ auf Landesebene haben wir nichts zu tun, wir machen hier unsere eigene Politik, sondern ich glaube durchaus, dass die SPÖ Graz sich entscheiden wird müssen, ob sie Teil dieser Partei ist oder ob sie einen eigenständigen Weg geht, der

auch in einer bestimmten Konflikt- und Konfrontationssituation mit der Bundes- und Landesebene sich entwickelt. Ich möchte zum Abschluss vielleicht noch ganz kurz sagen, und zwar gehe ich vielleicht schon ein bisschen ein auf den Inhalt des Antrages, was die Stadt vor allem braucht oder die Jugendlichen in unserer Stadt vor allem brauchen, das sind jetzt weniger Arbeitsgruppen, die dann irgendwann einmal diskutieren, Maßnahmen diskutieren, vorschlagen usw. die dann vielleicht irgendwann umgesetzt werden oder auch nicht, sondern was die Jugendlichen brauchen, das sind echte Lehrlingsinitiativen in dieser Stadt. Der Thomas hat dankenswerterweise das angesprochen, also ich finde das sehr gut, dass man da 20 Jugendliche in ein Lehrverhältnis aufnimmt pro Jahr, aber ich glaube, notwendig ist jedenfalls auch, dass das eigentlich noch nicht ausreichend ist und ich glaube, die Stadt, die Abteilungen der Stadt, die Beteiligungen oder wo die Stadt Beteiligungen hat, auch die sind natürlich gefordert und an die appellieren wir natürlich auch, dass sie verstärkt Lehrlinge in ihrem eigenen Bereich aufnehmen und das muss natürlich auch das Ziel sein von Lehrlingsinitiativen auf Landesebene, die oft angekündigt werden von unserem Landeshauptmann, aber wo bis jetzt noch nichts passiert ist, haben wir sehr wenig und von daher werden wir aber auch den Antrag der SPÖ, falls es dazu kommen sollte, falls er dann wirklich abgestimmt wird, werden wir dem dennoch natürlich die Zustimmung geben (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Binder**: Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Klaus! Du hast mit deinem Antrag einen wunden Punkt aufgegriffen, der auch tatsächlich aufzugreifen notwendig ist. Es geht also um die sich rasant entwickelnde Jugendarbeitslosigkeit, es geht darum, dass Jugendliche erst gar nicht einen Lehrplatz finden und wir wissen alle, dass das Jugendliche sind, die, aus welchen Gründen auch immer, es gibt immer mehrere Gründe, eine negative Bildungskarriere hinter sich haben und so gut wie kaum produktive Zukunftsperspektiven entwickeln können. Insofern ist dein Antrag ein guter und ein richtiger. Es ist vielleicht nicht jetzt

unmittelbar kommunale Aufgabe, Arbeitsplätze zu schaffen, aber es ist gut, dass unsere Kommune, dass unsere Politik sich da auch engagiert einsetzen will. Unsere Stadt verträgt mehrere Initiativen dieser Art, daher werden wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen. Sie verträgt auch die Initiative von der ÖVP, sie verträgt noch zehn andere Initiativen, dringlich bleibt es allemal. Solange es Jugendliche gibt, die auf der Straße stehen und nicht weiterwissen. Unser Wunsch allerdings, Klaus und auch Thomas, ist, dass bei dieser Frage auch darauf geachtet wird, dass es hier nicht nur um junge Männer geht, sondern auch um junge Frauen, die keine Arbeit oder keine Lehrstelle bekommen, Lehrstelle in dem Fall und dass es auch darum geht, genau darauf zu achten, dass auch Jugendliche mit Migrationshintergrund oder aus Familien, die Migrationserfahrung haben, miteingebunden werden. Wenn das auch noch in diesem Konzept dann drinnen ist und verwirklicht wird, dann sage ich, danke, wir sind einen kleinen Schritt wieder weitergekommen.

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Klaus! Die Zahlen hast du genannt, einige davon, was sehr wichtig zu beachten ist, gute Lehrlinge oder Menschen, junge Mädchen, junge Burschen, die sehr gute Abschlusszeugnisse haben, die finden eh zumeist einen entsprechenden Lehrplatz. Probleme bereiten wirklich jene, die einen schlechten Abschluss haben. Auf das ist Bedacht zu nehmen, deswegen ist nicht nur ein Lehrplatz zu vermitteln, sondern auch entsprechende Begleitmaßnahmen zu machen, dass diese Lehrlinge auch entsprechend sozusagen der Betriebskultur folgend, sage ich jetzt einmal, auch wirklich eingebaut werden können, dass sie pünktlich sind, dass sie aufmerksam sind, dass sie sich konzentrieren können, dass sie entsprechend ausgeruht in den Dienst kommen, dass sie sozial integrierbar sind in die Mannschaft, in die Dienstmannschaft usw., das sind Grundvoraussetzungen, die sich ein Arbeitgeber erwartet. Ich denke mir, und da bin ich durchaus im Widerspruch zur Kollegin Binder, wir sollten uns in erster Linie auf

unsere eigene Jugend konzentrieren mit unserer Ausrichtung auf die Grazerinnen und Grazer Jugendlichen und zuerst die versorgen, dass die wirklich da sind und wenn man dann noch Kapazitäten frei haben, dann können wir darüber hinaus nachdenken. Den Grazerinnen und Grazern mit österreichischer Staatsbürgerschaft, auf die beziehe ich mich in allererster Linie, und das Zweite ist, ich habe natürlich darüber nachgedacht, wäre es natürlich gescheiter, die Initiativen direkt in der Grazer Wirtschaft zu setzen abseits des Hauses Graz, aber so wie sie in dem Antrag formuliert vom Klaus Eichberger, dass im Haus Graz diese betriebsübergreifende Lehrwerkstätten geschaffen werden in Zusammenarbeit mit der Grazer und steirischen Wirtschaft, glaube ich, ist das ein approbater Weg, den man gehen kann, weil wir diese Kompetenz aus der Wirtschaft brauchen, weil wir müssen diese Jugendlichen wirklich dahin bringen, dass sie wirklich die entsprechenden Kompetenzen entwickeln, um die Betriebe weiterzubringen, damit sie international auch marktfähig sind und sozusagen die Wertschöpfung hier in der steirischen Region, in der Grazer Region wieder ansiedeln können. Ich denke, der Ansatz ist gut, man muss nur aufpassen, dass bei den vielen Organisationen, die genannt sind, nicht das Sprichwort gilt, viele Köche verderben den Brei, sondern man muss sie wirklich adäquat, wo sie ihre Kompetenzen haben, wirklich einbinden und ich denke, diesen Ansatz sollte man wirklich ergreifen, um hier auch seitens der Politik, seitens der Stadt Graz sich diesem Thema zu widmen. Es ist ein Thema, das viel stärker unter der Haut brennt und in meinem Herzen verankert ist als irgendein Fahrradverleih für den 380.000 Euro und mehr, man weiß ja nicht, wie die Endkosten ausschauen, eingesetzt werden. Danke.

GR. **Eichberger:** Ich darf es jetzt kurz machen, weil ich zuerst bei der ersten Wortmeldung doch etwas überzogen habe, darf ich das wieder gutmachen. Mir hat eines sehr gut gefallen und ich habe in letzter Zeit sehr selten jemanden aus einer anderen Fraktion zitiert, aber heute möchte ich es zu diesem Thema tun, nämlich die

Sigi Binder. Ich glaube, sie hat nämlich wirklich ein wahres und ehrliches und wirklich vernünftiges Wort oder Wörter genannt nämlich insofern, dass Graz eine Menge an Initiativen, eine ganze Reihe von Ideen zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit, zur Verringerung von Arbeitslosigkeit bedarf, braucht und hier Platz sein muss für viele Ideen. Deshalb verstehe ich bei allem Verständnis der Rolle der ÖVP, die ja angeblich diese Wirtschaftspartei schlechthin sein soll, die Rolle und die Statements heute nicht ganz, dass man zwar sagt, das ist ein wichtiges Thema, aber weil der Herr Bürgermeister eh schon aktiv ist und schon daran arbeitet, stimmen wir dem nicht zu. Es wäre, glaube ich, wirklich auch ein deutlicheres Signal gewesen, wenn es hier zu einer einheitlichen, zu einer einstimmigen Petition mehr oder weniger oder zu einer Willensbildung, zu einem eindeutigen Signal gekommen wäre, dass alle im Grazer Gemeinderat vertretenen Fraktionen sich mit dieser Thematik ernsthaft auseinandersetzen wollen, nicht jetzt wieder das alte Spielchen, ein anderer darf keine Idee haben, wenn der Herr Bürgermeister diese Idee selbst auch schon gehabt hat.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Gesek: Ich habe gedacht, du machst es kurz.

GR. **Eichberger**: Denn anderen Fraktionen möchte ich aber danken, aber allen hier, aber auch dem Thomas für unheimlich sachliche Diskussion, weil es wirklich um die Grazerinnen und Grazer, um die arbeitslosen Jugendlichen geht und vor allem um eine entsprechende Qualifizierung. In diesem Sinn danke für die zu erwartende sehr breite Zustimmung dieses Antrages (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Rajakovics** zum Antrag: Klaus, damit du nicht enttäuscht bist, du kriegst dann auch eine ordentliche Mehrheit für den Antrag. Ich habe es dir ja erklärt, warum wir es nicht für dringlich halten, aber ich möchte nur der Korrektheit, damit man sieht, wie viel auch, weil ich glaube, dass wenige von uns wissen, was die Stadt Graz, nämlich auch vor allem aus dem Bereich der Kollegin Grabner, die Wirtschaftsabteilung über den Verein Pasch an Initiativen setzt. Nur heuer, Berufsinformationsmesse Webling, Lehrstellendestinationen, BIZ-Unternehmensbesuche für Grazer AHS-SchülerInnen, Round-Table mit den JuniorgeschäftsführerInnen, dann gibt es wieder den Call für Auslandspraktiker, wir geben ja auch Möglichkeit, dass Lehrlinge bereit sind, auch ein Auslandspraktikum machen können. Die Faszination Technik-Challenge, ich zähle das jetzt nicht auf, allein bis Mai sind es 18 Initiativen, sodass möglichst viele SchülerInnen, und das richtet sich alles in erster Linie an SchülerInnen der 3. und 4. Klasse Hauptschule beziehungsweise AHS. Also es wird schon einiges unternommen, aber es kann nicht genug sein, deshalb, Lieber Klaus, wir haben gesagt, warum wir das nicht für dringlich halten, aber wir stimmen deinem Antrag natürlich zu.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Informations-, Service- und Vertriebsoffensive

GR. **Herper** stellt namens der SPÖ und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Frau Bürgermeisterstellvertreterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mir gewünscht, dass der Bürgermeister am Bürgermeistersessel säße, ich hätte es mir gewünscht, habe ich gesagt, dass er anwesend wäre, weil ich wollte nämlich ihm ein Dankeschön zum Ausdruck bringen. Als geeichter Vater und Großvater und

Donald-Duck-Leser habe ich Bauklötze gestaunt, als mir diese Broschüre in die Hand gekommen ist am Sonntag (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Eigentlich habe ich mir gedacht, na bum und hatte gleich beim Durchblättern auf Seite 45 ein echtes Déjà-vu als der Genussbus, der schon 2007 in Ankündigung war, mir noch einmal entgegengeleuchtet ist und wieder als Ankündigungsfahrzeuge durch die Broschüre gegeistert ist. Ich sage nur, vielleicht kann ihm die ÖVP-Fraktion sagen, danke, lieber Sigi, dass du alles, was gut und teuer ist, was schön und gut ist, was die Lisa schon angemerkt hat in der Broschüre, von der ÖVP mitgenommen wurde und verkauft wird als Wahlkampf-broschüre und Ankündigungen am laufenden Band, wie 2007, erfolgen von Dingen, die als erledigt betrachtet wurden, aber noch immer durch die Zeitungsspalten als Ankündigung geistern. Dann habe ich mir gedacht, na schön, wenn die Grazer ÖVP das Geld aufgebracht hat, eine Kampagne zu starten über die Leistungen in der Stadt und ihrer Abteilungen, dann könnte ich mir ja wünschen wollen, dass auch die ÖVP meinem dringlichen Antrag zustimmt. Nämlich von der Selbstdarstellungskampagne abzusehen, von der einen Million, und vielleicht meinem Dringlichen die Zustimmung zu geben, weil das Geld wesentlich besseren Ergebnissen zugeführt wird. Bekanntlicherweise geht es hier um 500.000 Euro seitens der Holding, 355.000 Euro aus dem Budget der städtischen Öffentlichkeitsarbeit und weitere 145.000 Euro aus dem Finanzstadtratsbudget.

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, weil es geht ja nicht um die Selbstdarstellung auf Steuerkosten, sondern es geht auch um die Frage von Sinn- und Zweckmäßigkeit. Richtig ist, dass das Dienstleistungsangebot der Stadt hervorragend ist, dass die MitarbeiterInnen des Hauses Graz exzellente Arbeit leisten im Interesse der Grazerinnen und Grazer. Allerdings: Sowohl Stadt als auch Holding verfügen über personell gut besetzte, hochqualifizierte Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit, die diese Leistungen bestmöglich transportieren können. Und das Haus Graz verfügt auch über ausgezeichnete Medien, die dafür Verwendung finden könnten: etwa die BIG, etwa die Homepage der Stadt Graz, die Medien der Holding. Und darüber hinaus hat jedes Stadtreferat exzellente ReferentInnen für Öffentlichkeitsarbeit.

So gesehen ist eine Werbekampagne, die vergangenen Freitag 5 : 4 im Stadtsenat beschlossen wurde, in der Höhe von einer Million Euro auf Kosten der Grazerinnen und Grazer nicht verantwortbar, meinen die Antragsteller, nämlich der SPÖ und FPÖ und in Solidarität auch andere Fraktionen dieses Gemeinderates. Denn zu Jahresbeginn wurden die städtischen Gebühren und Tarife für diese Grazerinnen und Grazer mehr oder weniger deutlich angehoben, die Konsolidierungspakete von Bund und Land lassen weitere Belastungen auf uns zukommen. Und die nächste – mehr oder weniger deutliche – Tarifierhöhung für die öffentlichen Verkehrsmittel steht als „Indexanpassung“ im Frühsommer ins Haus.

Wie gesagt wäre es besser, dienlicher, zweckmäßiger und notwendiger im Interesse der Familien und der SchülerInnen, der Jugend und der Kinder, dass die Eintrittspreise der städtischen Bäder und insbesondere der Auster entsprechend gesenkt werden und zum Zweiten, die städtischen 500.000 Euro könnten weit zweckmäßiger eingesetzt werden, indem sie angesichts der dramatischen Feinstaubsituation und speziell im Hinblick auf die in wenigen Wochen zu erwartende Kostensteigerungen bei den ÖV-Tarifen für eine zielgerichtete Senkung der ÖV-Tarife für die Grazerinnen und Grazer Verwendung finden. Die Geschäftsordnung für den Gemeinderat verunmöglicht es ja leider, jetzt solches konkret per Antrag einzufordern. Aber es gibt keine Geschäftsordnung, so habe ich mich versichert, die euch, liebe KollegInnen auch von Schwarzgrün, daran hindern könnte, gemeinsam mit uns diese Idee aufzugreifen. Indem nämlich ein Modell entwickelt wird, über das – im Einklang mit dem EU-Recht (Dienstleistungsrichtlinie) – in Graz gemeldeten Personen mit diesen 500.000 Euro aus dem städtischen Budget beim Erwerb einer nicht übertragbaren ÖV-Halbjahres- und Jahreskarte in Prämienform, durch Preisnachlass und ähnliche Vergünstigungen gewährt werden können.

Deshalb stelle ich namens der SPÖ und der FPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz lehnt die für April bis Dezember 2012 geplante sogenannte „Informations-, Service- und Vertriebsoffensive“ betreffend die Leistungen der Stadt und der Holding ab, da zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Selbstdarstellungskampagne um eine Million Euro als nicht vertretbar erscheint. Denn nicht nur die von Bund und Land geplanten „Budgetkonsolidierungsmaßnahmen“ lassen für die Grazerinnen und Grazer - über die städtischen Gebühren- und Tariferhöhungen hinaus - Belastungen erwarten.

2. Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt Mag. Siegfried Nagl, mit den zuständigen Organen der Holding Graz Gespräche zu führen, dass die für die sogenannte „Informations-, Service- und Vertriebsoffensive“ vorgesehenen 500.000 Euro der Holding für eine Senkung der Eintrittspreise der Grazer Bäder für Familien und Kinder und speziell eine Angleichung der Eintrittspreise der „Auster“ in Eggenberg an jene der übrigen städtischen Bäder Verwendung finden.

Ich gehe noch immer davon aus, dass die Einsicht in die Vernunft da ist, wenn die Grazer ÖVP sich dieser Leistungsstrecke in der Werbekampagne eines Wahljahres schon so verdient gemacht hat, dann könnten sie auch meinem dringlichen Vorschlag die Zustimmung selbstverständlich geben. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat, Kollege Herper! Im Antrag steht im zweiten Absatz, dass diese Kampagne angesichts der unmittelbar bevorstehenden Gemeinderatswahl ein wenig nach dem Versuch einer Selbstdarstellung auf Steuerzahlerkosten aussieht. Das „ein wenig nach dem Versuch einer Selbstdarstellung“ ist kräftig untertrieben, das ist ein einzigartiges Schandstück, meine sehr geehrten Damen und Herren von ÖVP und Grünen. In einer Zeit, wie von den Menschen dieser Stadt, dieses Landes und des gesamten Bundesgebietes täglich

abverlangt wird, zu sparen, wo den Menschen unserer Republik und auch dieser Stadt suggeriert wird, sie hätten ja jahrzehntelang über ihre Verhältnisse gelebt, der Gürtel ist für alle enger zu schnallen, die Staatshaushalte sind nicht mehr finanzierbar. In einer Zeit, wo wir in Graz feststellen müssen, dass wir im Vergleich zu allen anderen österreichischen Städten die höchste Gebühren- und Abgabenleistung haben und die geringste Leistung als Gegenleistung seitens der öffentlichen Hand.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Genug gezahlt.

GR. **Grosz:** Der Bundesrechnungshofbericht über die Finanzierungsinstrumente der Stadt Graz besagt eindeutig, dass die Menschen dieser Stadt mehr Gebühren und Abgaben zahlen als sie als Leistung von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt bekommen. In einer Zeit, sehr geehrter Herr desinteressierter Klubobmann Piffli-Percevic, der seine Literatur hier wälzt. In einer Zeit, wo der Schuldenstand dieser Stadt über eine Milliarde Euro geht, in einer Zeit, wo Sie reihenweise Projektförderungen kürzen müssen, gehen Sie her, und vor allem die Grünen, der absolute Irrsinn, vier Monate vor Inkrafttreten des Inseratenverbots der Bundesregierung, des Kopf-Verbotes, vier Monate davor, bevor Sie wissen, dass es bundesgesetzlich und landesgesetzlich nicht mehr möglich ist, solche Kampagnen zu schalten, gehen Sie her und investieren eine Million Euro Steuergeld, hart erarbeitetes Steuergeld, Menschen müssen ein Leben lang dafür arbeiten, dass sie auch eine Million Euro Steuern überhaupt auf ein Steueraufkommen überhaupt hinarbeiten können, nehmen Sie eine Million Euro her und versenken sie es für Werbeausgaben. Eine Million Euro beim Fenster hinausgeknallt für Selbstdarstellung des Stillstandes. Als ob nicht diese schlecht gemachte, handwerklich im Übrigen, schrecklich eigentlich diese schlecht gemachte Zeitungsbeilage, die am Sonntag vor

allen Haushalten gelegen ist, als ob das nicht genug schon wäre, genug politischer Müll aus Ihren Schreibstuben, nein, gebt noch eine Million her, um den Markt zu befriedigen, um die Inseraten zu füttern, um sich mit den Journalisten und den Verlegern ein wenig gutzustellen und das zehn Monate vor der Gemeinderatswahl, schämen Sie sich, sehr geehrte Damen und Herren von Grün und ÖVP. Wir leisten hier Widerstand und stimmen daher dem Antrag von Klubobmann Herper selbstverständlich zu (*Applaus BZÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.00 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Postille, die hier vorhin schon am Podium gelegen ist, ich mag sie eigentlich kaum noch anschauen, geschweige denn angreifen...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Weil du nicht abgebildet bist?

GR. Mag. **Mariacher**: ...ist für mich ein unglaublicher Fauxpas an den Bürgerinnen und Bürgern, weil es signalisiert, wir haben nicht zu wenig Geld in der Stadtkasse, sondern wir haben anscheinend in manchen Teilbereichen immer noch zu viel. Es ist eine unglaubliche Prasserei und Verschwendung, die da dokumentiert ist und es ist völlig aus dem Lot geraten, dass wir zu manchen Themen uns wirklich überlegen, haben wir das Geld, ich denke an die Unterstützungen, ISF-Programme sind genannt worden,

Feuerwehrfahrzeuge sind genannt worden und, und, und, wo wir zum Teil jahrelang diskutieren, ob wir die eine oder andere Investition in Sachwerte aber auch in Menschen tätigen und dann wird da das Geld mit beiden Händen so richtig schön beim Fenster hinausgeworfen. Und wenn wir heute den Antrag von den Grünen anschauen in Richtung Parteienförderung, ja, dann erwarte ich mir aber, dass solche PR-Kosten, die sich die schwarz/grüne Stadtregierung leistet, auch unter dem Titel der Parteienförderung wirklich auch buchhalterisch festgehalten wird als Ausgabe, damit man sieht als Bürger, hoppla, die schwarz/grüne Regierung hat wirklich dieses Geld für ihre eigenen Zwecke verwendet, weil die anderen sind eh nicht gefragt worden. Und eines ist natürlich auch signifikant, und da bin ich wirklich verwundert, wenn ich an den Stadtrat Eustacchio schaue oder auch an die SPÖ in Graz und auch hier im Antragstext: Wenn man auf der einen Seite etwas berechtigt kritisiert, dass hier Geld zweckmäßig, unvernünftigerweise eingesetzt wird, dass es der Sache nicht dient und auf der anderen Seite macht man sofort die Argumentation, dass man das Geld für andere Zwecke einsetzen möchte, einfach, damit das Geld wieder verbraten ist, ich denke, das überschießt wirklich den Bogen, man hätte hier bei der Position 1 enden sollen und die Kritik im Raum stehen lassen, das wäre ehrlicher und zweckmäßiger gewesen, weil den Menschen vorzugaukeln, man habe das Geld und man hat es aber nicht in der Tasche, man muss dafür einen Kredit aufnehmen, ist keine ehrliche Art und Weise und das sollte man auch nach außen hin tragen. Daher werde ich den Punkt 1 unterstützen und werde auch die Sitzungsleitung bitten, dass getrennt abgestimmt wird zwischen dem Punkt 1 und 2. Danke.

GR. Mag. **Frölich**: Lieber Karl-Heinz, lieber Herr Klubobmann, Herr Bürgermeister! Ein Wort zu meinen Vorrednern. Es ist natürlich verständlich, dass das wehtut, wenn man als politischer Graz-Suderer verdichtet plötzlich Schwarz auf Weiß vor sich liegen hat, was in Graz alles weitergegangen ist, das tut weh, das verstehe ich. Aber zur Sache selbst, lieber Herr Klubobmann, du hast dich geoutet als Donald-Duck-Leser, wir alle

wissen, dass der Donald immer zum Onkel Dagobert geht, ein Geld holen. Ich bekenne mich eher zum Daniel Düsentrieb, das ist der, der die Ideen hat und dann auch umsetzt und in diesem Zusammenhang würde ich ganz gerne sagen, die Anmerkungen im dritten Absatz deines Antrages, wo du völlig zu Recht feststellst, dass die Leistungen, die hier erbracht werden von unseren Abteilungen, hervorragend sind. Die Leistungen, die im Bereich der Holding und im Bereich der Stadt für die Bürger dieser Stadt erbracht werden, sind von einer Qualität, wie sie von den Bürgern oft nicht wahrgenommen wird, weil einfach die Bürger sich nicht dessen bewusst sind, was da alles dahintersteckt. Ich halte es für nahezu notwendig, dass man eine Informationsoffensive dieser Art, du nennst es Kampagne, macht, wo man durchaus die Emotionen der Grazerinnen und Grazer trifft, um bewusst zu machen, mit welcher Kompetenz und mit welcher Verlässlichkeit, mit welcher Authentizität und mit welcher Sympathie diese Mitarbeiter und diese Abteilungen die Leistungen erbringen. Wir haben das Haus-Graz-Projekt umgesetzt, es wirkt nach innen, es ist auf Schiene und ich glaube, es wird hervorragend an den neuen Strukturen schon gearbeitet (*Applaus ÖVP*), hier wird nach außen erstmalig gezeigt, wie dieses Haus-Graz-Projekt auch für die Bürger, was für die Bürger gebracht wird. Diese Offensive ist ja nicht irgendeine Shampoo-Werbung oder irgendein Joghurt-Bad, sondern es ist ein konzentrierter Mehrwert für die Bürger dahinter. Ich möchte noch eines sagen, wenn man das Handelsblatt liest, da gibt es immer so einen Businessmonitor, da wird gesagt, gerade in herausfordernden Zeiten sind es große Unternehmen, die hergehen und ihre Leistungen und ihre Dienstleistungen bewusst dichter und stärker bewerben und das ist nicht nur Werbung, sondern das ist auch Information und durchaus auch Akquise, um die Bürger dazu zu bringen, diese Leistungen auch bewusst anzunehmen. Im Übrigen die Zielgruppe, es wird natürlich erhöhte Effizienz und eine erhöhte Effektivität dieser Werbung gefordert, wenn man mit Spezialisten spricht, und das ist genau hier erreicht. Richtiger Mitteleinsatz für die richtige Zielgruppe. Wir tun ja nicht in St. Corona am Wechsel oder irgendwo diese Werbekampagne starten, sondern für die Grazerinnen und Grazer und die sollen das sehen. Drei bis acht Prozent, meine Damen und Herren sind das, die ein Unternehmen heutzutage je nach

Branche, je nach Situation in Werbung investiert. Wir haben ein Unternehmen mit 1,4 Milliarden Euro Umsatz, das ist nicht einmal ein Promille dieses Wertes, der hier mit dieser Million in die Hand genommen wird. Dazu muss man sagen, dass die Holding schon bisher diese 500.000 Euro in die Hand genommen hat, um die Leistungen ihrer 13 Unternehmen zu bewerben und um die Leistungen darzustellen. Der Rest des Betrages ist eigentlich die Differenz zu dem, was jetzt dazukommt und ich glaube, dass die Stadt, wie gesagt, diese Verpflichtung hat gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einerseits, aber auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Gute Werbung ist Information, die positive Assoziationen auslöst und das ist, glaube ich, ganz notwendig, dass die Bürger dieser Stadt assoziieren mit den Leistungen und mit der Qualität dieser Leistungen, die hier erbracht werden, sich identifizieren können. Die Stadt Wien, als letztes Wort, wollte ich nur noch dazu sagen, gibt übrigens 7 Millionen Euro im Jahr für diese Maßnahmen aus, allein eine Millionen für City-Light, das sind schon Größenordnungen, die man sich auf der Zunge zergehen lassen muss. Also, was die Verwendung der Mittel betrifft, bin ich eigentlich davon überzeugt, dass das ein Politreflex ist, der nicht kommentiert werden muss. Zu sagen, wofür man Geld auch ausgeben möchte, das ist etwas, wo man nicht drüber diskutieren muss, glaube ich, man kann für oder gegen eine Maßnahme sein, aber zu sagen, es gibt völlig andere Dinge, für die man auch Geld ausgeben kann, halte ich für nicht mehr zeitgemäß. Ich danke (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Um auf den letzten Satz von Herrn Gemeinderat Frölich einzugehen, den Politreflex, es hat einmal einen sehr klugen Politreflex durchaus in der Stadt Graz gegeben und zwar in der letzten Gemeinderatsperiode, wo man genau gesagt hat, jawohl, wir möchten schon die Arbeit des öffentlichen Dienstes, der städtischen Kolleginnen und Kollegen, was hier geleistet wird, auf der einen Seite zeigen, indem wir ein Bürgerinformationsblatt haben, auch die Homepages besser ausgestaltet wird, aber gleichzeitig auch gesagt

hat, wir wollen die Werbekosten reduzieren. Und zwar aus einem einfachen Grund, weil wir der Grazer Bevölkerung ja auch das eine oder andere abverlangen in den städtischen Budgets in den einzelnen Ressorts (*Applaus KPÖ*). Und, ich muss schon sagen, wenn man jetzt von den Kolleginnen und Kollegen des Hauses Graz, also den Begriff verwende ich ja nicht, weil ich bin für den öffentlichen Dienst und ich werde das auch weiterhin so tun...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Es ist aber ein schöner Begriff.

StR.ⁱⁿ **Kahr:** Ja, das ist dann Ansichtssache, das ist eh in Ordnung, jeder soll das so verwenden, aber wir haben nie zu jenen gehört, die das Rathaus zum Rasthaus erklärt haben und ich bin lange genug in diesem Haus, wo ich mich an Zeiten sehr gut erinnern kann, wo man das ständig gepredigt hat. Und leider die Leistungen, die tagtäglich von unseren Arbeiterinnen und Arbeitern und Angestellten dieses Hauses, wurscht ob das in den Wirtschaftsbetrieben oder auch in den einzelnen Abteilungen schlecht geredet hat, um Stimmung in der Öffentlichkeit auch aufzubereiten, wenn es dann um Sparmaßnahmen geht, weil ja das sehr leicht ist, im öffentlichen Dienst draufzuschlagen. Jetzt ist ja gut, dass wir das anders sehen alle hier im Haus und endlich auch stolz sind auf das, was unsere Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung und auch in unseren Beteiligungen und in der Holding alles leisten, wo es ja auch wirklich herzeigenswert ist. Aber da möchte ich auch daran erinnern, das ist die Leistung dieser Kollegen und die Arbeit natürlich auch der Politik, und zwar von allen neun Stadtregerungskolleginnen und -kollegen hier und nicht nur von zwei Parteien. Und wenn sich hier drei Parteien sagen, uns wäre es wichtiger, dieses Geld zu sparen, und da muss ich wirklich sagen, da geht es nicht um irgendeinen Politreflex, sondern da geht es schlichtweg um die Kosten von einer Million Euro, die

aus unserer Sicht, und das traue ich mich jetzt im Namen von FPÖ und SPÖ und auch vom BZÖ hier zu sagen, besser aufgehoben wäre für eine Maßnahmen, die einem Teil der Grazer Bevölkerung zugute kommt, die sich zum Beispiel im Sommer keinen Urlaub leisten können und für sie es schon ein Urlaub ist, ein paar Mal mehr in den Sommermonaten in ein Schwimmbad zu gehen und insofern, lieber Herr Gemeinderat Mariacher, ist das auch nicht unverfroren, sondern dieses Geld für diesen Zweck auszugeben, kommt eben Grazern zugute und Steuergeld der Kommune sollte eben letztendlich immer auch der Bevölkerung zugute kommen, nicht mehr und nicht weniger und aus meiner Sicht noch einmal, die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und auch die Kollegen, die damit beauftragt werden, das ist überhaupt kein Schmälern eurer Arbeit, überhaupt nicht, weil die BIG ist großartig, die ist wirklich wieder toll gemacht, finde ich, und es genügt aus meiner Sicht. Also ich finde, jeder Stadtrat und jede Stadträtin soll ihre Leistungen ihres Amtes ständig gutheißen und in der Öffentlichkeit positiv darstellen und nicht nur ein halbes Jahr vor der Wahl, sondern die letzten Jahre wäre da schon viel Gelegenheit gewesen (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Liebe Elke, du hast mir jetzt ein paar Stichworte geliefert. Lieber Karl-Heinz, du kannst dir sicher sein, dass die Grünen sich genau überlegt haben, warum wir uns so klar dazu bekennen, diese Kampagne, diese Aktion, ganz bewusst Stadtmarketing zu betreiben, warum wir das in dieser Form sinnvoll empfinden und auch unterstützen. Elke, du hast erzählt von einem Beschluss aus der letzten Periode, da sehen wir nämlich auch den großen Unterschied zu den Wiener Beispielen, wo ganz bewusst entschieden wurde, aus den einzelnen Ressorts Öffentlichkeitsarbeit zusammenzulegen in einer Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit. Wer mit offenen Augen in Wien unterwegs ist, sieht, wie solche Kampagnen aussehen können. Auf jedem Wandertaferl im Wald oder wenn man beim Radständer vorbeigeht oder wo immer ist ein Foto von einem entsprechenden Stadtrat/Stadträtin groß, dick drauf

und da kann man sich das gut ausrechnen, wenn man da in der Stadt unterwegs ist, wie viel Geld für Einzelwerbung, für einzelne politische Fraktionen, einzelne politische Vertreter dort in die Hand genommen wird. Genau ein anderer Weg wurde schon in der letzten Periode in Graz gewählt, nämlich eine Zentralisierung der Mittel und einen Versuch, das so aufzusetzen im Rahmen einer Öffentlichkeitsabteilung, das möglichst objektiv und auch informativ den Menschen immer wieder Neuigkeiten über das, was die Stadt leistet, was die Stadt kann, heranzutragen. Und genau darum geht es jetzt, auch diese Stadt hat sich auch gerade in den letzten Jahren sehr stark verändert. Ich weiß nicht, wer von Ihnen darüber Bescheid weiß, dass es heute möglich ist, einen Pass auch in einem eigenen Betrieb ausstellen zu lassen, dass der Pass zu dir kommt sozusagen, wer weiß, dass es inzwischen auf der Homepage für die Bezirke ein optimales Service gibt, wo bis hin zu den Bauverhandlungen und den ganzen Teilinformationen dazu jeder aus dem Bezirk diese Informationen herunterholen kann, wer weiß, wie die Servicestellen, die neu aufgesetzt wurden, funktionieren, wenn man nicht gerade direkt dort war, das heißt, es hat sich viel verändert, wir sind eine der modernst aufgestellten Verwaltungen in zwischen und warum sollen wir das als Stadt, nämlich auch die Leistung jeder einzelnen in der Stadtregierung Verantwortlichen an die Menschen herantragen und das geht wirklich über alle Fraktionen hinweg, denn in jedem Ressort wird wertvolle Arbeit geleistet, ganz besonders auch in einem Wahlkampfjahr, das ist jetzt genau das Gegenargument zu dem, was da gerne kommt. Denn die große Gefahr, und das sieht man jetzt schon, in einer Wahlkampfphase ist doch die, dass im ganzen Gefecht, in der ganzen Hitze des Gefechtes, wenn versucht wird, sich gegenseitig sozusagen die Schuhe wegzuziehen im Wahlkampf, ein Bild einer Stadt entwickelt wird, das dermaßen negativ ist und ich schaue jetzt genau in diese Richtung, dass man sich fürchten muss, in dieser Stadt zu leben...

Zwischenruf GR. Schröck: Das stimmt ja auch.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: ...wenn man das glauben würde, was einzelne Fraktionen dann in solchen Wahlkampfauseinandersetzungen über diese Stadt für Blödsinn erzählen, und das (*Applaus ÖVP und Grüne*) ist genau in so einer Zeit und auch darüber hinaus in den nächsten Jahren wird es sinnvoll sein, das, was diese Stadt auch ist, nämlich eine Stadt mit hoher Qualität, mit hoher Leistungsbereitschaft auf Seiten der Beschäftigten der Stadt Graz, mit einer großen Innovationskraft, wo immer wieder neue gute Serviceleistungen entwickelt werden, das regelmäßig an die Menschen heranzutragen in einer objektiven, guten, sachlichen und auch emotionalen Form, die gut aufbereitet wird im Haus selbst, an dem verdient kein Externer, sondern da sind die Leute selbst daran beschäftigt, das ist eine Sache, die wir guten Gewissens als Stadtmarketing betreiben sollten, denn die öffentliche Verwaltung hat das so verdient (*Applaus Grüne*).

GR. **Herper**: Ich habe ja auch schon betont, dass die BIG, dass die Öffentlichkeitsarbeit, dass die Servicestellen exzellente Arbeit leisten in dieser Stadt, die Öffentlichkeitsarbeit in den einzelnen Ressorts, gar keine Frage, Lisa, wenn das alles so gut funktioniert, wie wir beide es betonen und der Klaus Frölich dazu einen Punkt setzt, dann frage ich mich, warum noch eine Million draufgesetzt wird? Wozu das Ganze?

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Tue Gutes und sprich darüber.

GR. **Herper**: Da unterstreiche ich sicher die Worte von der Elke Kahr. Angesichts der Armutssituation, der Belastungssituation von Bund und Land und anderen Bereichen

für die Grazerinnen und Grazer ist es doch verständlicher, wenn man das Geld einsetzen für Familien, für Kinder, für die günstigen Tarife in den Bädern und in der Auster, oder angesichts der Erhöhung der ÖV-Tarife ist es doch wichtiger, wenn man das Geld dort einsetzen, als noch einen Punkt draufsetzen auf eine gute Arbeit und das glaube ich, ist deshalb ist es nur gerecht und verständlich und sinn- und zweckmäßig. Herr Bürgermeister, nachdem du da bist, ich wollte einfach dankeschön sagen, weil der Frühling, der kommt, der ist der ÖVP danken, die Sonne die scheint, ist der ÖVP zu danken, denn wenn ich die Broschüre da durchblättere, was ja alles da gemacht, verantwortet, initiiert habt aus den einzelnen Ressorts, aus den einzelnen, ganz wurscht, welche Fraktion das ist, ohne hinzuweisen, dass es ja sozusagen ein gemeinsames Initiativrecht und eine Verantwortung gibt, die Lisa hat das ja selber angemerkt, wie man da eingekauft wird mit einer solchen Broschüre, da sage ich nur, dankeschön, Herr Bürgermeister, es wird wahrscheinlich so ein Phantom bleiben, wie ich es schon am Anfang erwähnt habe mit dem Genussbus, der 2007 schon angekündigt war. Es wird vieles, was da an Ankündigung durch die Broschüre geistert, sein wie das Phantom des Genussbusses und deswegen sage ich dankeschön, Herr Bürgermeister, dass du uns alle mitgenommen hast. Alles, was verantwortlich in dieser Stadt ist, gehört euch, gell, danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Lieber Karl-Heinz, Herr Klubobmann! Weil du mich direkt angesprochen hast, möchte ich dir zwei Antworten geben, die mir wichtig sind. Die erste ist, ich wusste, dass viele von euch jetzt noch einmal korrekturlesen werden. Das was mich wundert, ist, du liest sehr genau und hast übersehen, dass in der Volkspartei bezahlte Information an die Bürgerinnen und Bürger, die im Übrigen viel weniger ausmacht als so manche Plakatserie, die seit langem von gewissen Damen der Stadtregierung jetzt im Moment schon hängen, in der Wir-Form geschrieben wurde und ich habe und dafür muss ich mich jetzt wirklich entschuldigen...

Zwischenrufe unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es sind die Verantwortlichen abgebildet alle und jetzt habe ich eine Anmerkung zu machen. Es tut mir leid, da habe ich was übersehen, ich hätte die Kollegin Edlinger, dich, den Mag. Müller und den Kollegen Riedler auch noch mitabbilden müssen, weil sie in dieser Periode auch mitverantwortlich waren, das werden wir das nächste Mal auch gerne tun (*Applaus ÖVP*); und jetzt kommt ein wichtiger Satz, das war die ÖVP-Werbung. Aber jetzt komme ich noch einmal mit einem Satz zu dem Stück zurück und da unterscheidet sich halt manche Denkerinnen, eines habe ich gelernt, und zwar von Kindesbeinen an als Sohn eines Unternehmers. Man macht Werbung nicht nur als Jux und Tollerei oder als Selbstbeweihräucherung, sondern man versucht, neue Kunden zu gewinnen, man versucht, Umsätze zu generieren, die notwendig sind, um all das zu finanzieren, was hier herinnen dann von manchen StadträtInnen, Gemeinderäten wieder gefordert wird. Du muss zuerst die Umsätze machen, und wir haben 70 Unternehmungen, wir haben siebeneinhalbtausend Mitarbeiter, wir haben Dienstleistungen, auf die die Bürgerinnen und Bürger gratis Anspruch haben, aber wir haben auch sehr, sehr viele Dinge, wo wir darauf angewiesen sind, dass die Menschen in dieser Stadt und die hereinkommen auch tatsächlich bei uns, wenn ich so sagen darf, shoppen und diese Dienstleistungen annehmen. Dann kommt ein Geld herein, dann können wir es wieder verteilen, manche wollen immer nur verteilen, sind aber beim Hereinbringen nicht dabei (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) ACTA

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt namens von ÖVP, SPÖ, Grünen, KPÖ und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein gemeinsamer dringlicher Antrag, der eine sehr breite Basis hat, gemeinsam von uns, den Klubs von SPÖ, KPÖ, FPÖ und der ÖVP eingebracht. Es geht zum Thema ACTA, das ja, denke ich, in den letzten Monaten vermehrt in aller Munde war. Für diejenigen, die es nicht gehört haben, dieses sogenannte Anti-Produkt-Piraterie-Handelsabkommen, das, wenn man jetzt die offiziellen Unterlagen sieht, den Zweck haben soll, die Durchsetzung von Schutzrechten, die Durchsetzung von Recht auf das geistige Eigentum zu verbessern und dadurch dauerhaftes Wachstum der Weltwirtschaft zu gewährleisten, gefährliche Produktimitate aus den Verkehr zu ziehen usw. und die Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Klingt alles schön und gut und wenn dem auch ausschließlich so wäre, könnte man sagen, müsste doch eine unterstützenswerte Sache sein. Aber, so harmlos es klingt, es sind auch einige Dinge in diesem Vertragswerk verborgen, die nicht nur bedenklich, sondern teilweise erschreckend sind und sehr tief in die Grundrechte der Menschen eingreifen, ich komme darauf später noch zurück. Also ACTA ist nicht irgendein kleines Abkommen zur Wahrung von Markenschutz und Urheberrechten, sondern ist ein massiver Eingriff in die Informationsfreiheit und Menschenrechte. Es gibt zum Beispiel, das weiß ich gar nicht, ob Ihnen oder euch so bewusst ist, einzelne Passagen, wo einer unserer großen Grundsätze in der Rechtsmaterie außer Kraft gesetzt werden nämlich, wenn jemand beschuldigt ist, in diesem Fall jetzt beschuldigt ist der Produktpiraterie oder etwas heruntergeladen zu

haben aus dem Netz, was Lizenzbedingungen nicht berücksichtigt, dass ohne Anhörung der beschuldigten Personen sofort Maßnahmen ergriffen werden können, die dazu führen, dass rechtliche Schritte usw. zu erfolgen haben, ohne Anhörung der beschuldigten Personen, was unseren Grundsätzen einfach absolut widerspricht. ACTA ist eben auch ein massiver Eingriff in Persönlichkeitsrechte. Es ist nach wie vor nicht geklärt, wie genau jetzt die Internetprovider Daten bekanntgeben müssen, es ist zwar nicht, wie es am Anfang zu befürchten war, so, dass sie automatisch das Recht haben, bei Verdacht auf Verstoß den Zugang zu unterbrechen, aber es ist sehr wohl in den Bestimmungen Bestandteil, dass, und jetzt zitiere ich aus ACTA, dass die zuständigen, dass die Vertragsparteien ihre zuständigen Behörden dazu ermächtigen, einen Online-Dienst-Anbieter gegenüber anzuordnen bla, bla, bla... dem Rechteinhaber, also Markenbesitzer, unverzüglich die notwendigen Informationen zur Identifizierung eines Abonnenten offenzulegen, dessen Konto zur mutmaßlichen Rechtsverletzung genutzt wurde usw. Also völlig noch mutmaßlich, überhaupt nicht überprüft und trotzdem gibt es schon Bestimmungen, wo die Daten weitergegeben werden können, was, denke ich, alle wissen, auch nicht unseren Rechtsgrundsätzen entspricht. Ein dritter Punkt ist etwas, was nicht nur uns betrifft, sondern auch Menschen in anderen Regionen der Welt. Es ist ungeklärt, und viele NGOs warnen vehement davor, wie die Frage mit Generika und lizenziertem Saatgut ausgehen wird, ob das für die Menschen in den sogenannten Entwicklungsländern nicht auch zu massiven Verschlechterungen führt. Demokratiepoltisch als Viertes ist, denke ich, viel diskutiert worden auch, dass ACTA höchst intransparent zustande gekommen ist und unter einseitigen Interessen. Ich habe im Antrag absichtlich die ganze lange Reihe von Rechtsprofessorinnen und Rechtsprofessoren beigelegt, die diese Proteste unterstützen, um zu zeigen, dass es eben nicht einfach nur eine Initiative ist von irgendwelchen Internetfreaks, die gratis Musik runterladen, sondern dass es einfach massive rechtliche Bedenken auch gibt und diese Fachleute haben auch immer wieder kritisiert, dass einfach nur einseitig die Musik- und ähnliche Industrie herangezogen wurde und nicht andere Bereiche der Wirtschaft, nicht Interessensvertretungen, nicht NGOs usw.

Aus diesem Grund, ihr habt den Antragstext eh vorliegen, stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat beschließt daher mit einem klaren Bekenntnis zur Wahrung der Grundrechte, er schließt sich der Besorgnis der Vielzahl an RechtsexpertInnen, AktivistInnen und NGOs bezüglich dieser kritischen Teile dieses Abkommens an.
2. Der Grazer Gemeinderat fordert die Mitglieder der Bundesregierung und des Nationalrats auf, sich klar zu positionieren und dazu auch rechtsverbindlich diesen Ratifizierungsprozess auszusetzen. Ausführlicher Text ist dem Antrag zu entnehmen.
3. Die Stadt Graz, und das ist wichtig, tritt an die Bundesregierung heran, dass endlich ein modernes Urheberrecht, das auch EU-weit Gültigkeit dann haben soll, entwickelt wird, das den heutigen Bedingungen von Medienkonsum und -produktion im 21. Jahrhundert gerecht wird. ACTA leistet das nämlich überhaupt nicht.
4. Die Stadt Graz trifft konkrete Maßnahmen, auch zur Information über dieses Thema, wie zum Beispiel in dieser Gemeinderatssitzung, wo ich merke, dass die Aufmerksamkeit an dem brennenden Thema enorm hoch ist.

Ich danke für die Unterstützung von denen, die beim Antrag mitgehen und von denen, die, wie ich im Vorfeld gehört habe, auch mitstimmen werden (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Naja, Frau Kollegin Grabe, wir stimmen dem ja gerne zu. Ja, ich habe kein Problem damit, ich bin ja ein Fan von Mehrfachabstimmungen, man kann alles tausendmal machen. Sie fordern, der Grazer Gemeinderat fordert die Mitglieder der Bundesregierung auf, sich klar zu positionieren, rechtsverbindlich aktiv dem Ratifizierungsprozess entgegenzutreten. Das ist bereits geschehen, also es gibt keine andere rechtsverbindlichere Haltung einer Bundesregierung, wenn sie eine Unterzeichnung und Ratifizierung schlichtweg verweigert. Sie kann es nicht vorm

Bundeskanzleramt in Beton gießen, sondern sie kann es nur sagen, sie tut es nicht. Dann fordern Sie den Österreichischen Nationalrat auf, dem auch entgegenzutreten und auch von österreichischer Seite zu signalisieren, wir sind beim Ratifizierungsprozess nicht dabei, auch geschehen. Aufgrund eines Antrages der Grünen und Grünen im Nationalrat und selbstverständlich auch aufgrund aller anderen Parteien Grüne, SPÖ auch die ÖVP im letzten Moment, BZÖ, FPÖ haben ACTA ad acta gelegt.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Grabe: Aber nicht ausgesetzt.

GR. **Grosz:** Naja, ja, es kann logischerweise, es kann in 15 Jahren wieder ausbrechen, es kann in 30 Jahren ausbrechen. Nur ich sage eines dazu, auch wenn die Bundesregierung und der Nationalrat bereits ein- für allemal gesagt haben, dieses ACTA kommt für uns nicht in Frage, dann kann, Frau Kollegin, auch der Grazer Gemeinderat nicht für eine rechtsverbindlichere Positionierung beider Gremien sorgen. Das ist halt, ich weiß genau- wie es entstanden ist, Demo- drei Wochen ACTA- mittlerweile zwei Demos, verstehe ich, bei einer war ich sogar dabei. Im Übrigen- ich habe auch gewusst, warum ich dort bin, und dann ist das halt entstanden, da machen wir etwas auch im Grazer Gemeinderat. Na klar, weil wir machen ja überall was, wir machen im Europäischen Parlament was, dem Herrn Obama überreichen wir was und dem und da müssen wir alle und als Nächster kommt jetzt noch der Bezirksrat von Gries auch noch daher und beschließt auch eine ACTA und der Pfarrgemeinderat von Jakomini, na selbstverständlich. Aber noch einmal, wir nehmen uns und viele andere, wenn etwas erledigt ist, dann kann man noch, auch wir sind dagegen und auch wir sind dagegen, ich meine, nur mit Verlaub gesagt, es gibt einen Begriff dafür, der nennt sich Gehirnwichserei, das sage ich natürlich nicht, weil er ja von einem

Ordnungsruf umfasst wäre, aber mit Verlaub gesagt, so kommt es mir vor, erstens. Zweitens, die Diskussion ist insofern ein wenig heuchlerisch, wenn wir heute um 12.30 Uhr eine sehr kurze Diskussion geführt haben, warum der Gemeinderat Dreisiebner unter Brechung von Besitzverhältnissen in ein fremdes Gebäude quasi eindringt, dort fotografiert, das sogenannte Urheberrecht, das Bild verletzt und dann wenige Stunden später seine eigene Fraktion hergeht und von Menschenrechten, Urheberrechten und, und, und spricht. Das verstehe ich nicht ganz, das ist auch inkonsequent. Denn der Zweck heiligt nicht die Mittel, wenn es gegen eine Burschenschaft geht, dann kann man alles machen, dann kann man Persönlichkeitsrechte missbrauchen, alles kein Problem, wenn es um was anderes geht, ist es plötzlich ein Problem, nein, der Zweck heiligt nicht die Mittel und es gibt gewisse Rahmenvorstellungen. Deswegen unterstützen wir auch den dringlichen Antrag, um es zum 3.000. Mal einzuzementieren, dass es gewisse Rahmenmöglichkeiten des Datenschutzes gibt, dass es gewisse Rahmenmöglichkeiten der Persönlichkeitsrechte gibt, die zufälligerweise auch Grazerinnen und Grazer betreffen.

GR. Neumann: Man muss ja ganz deutlich sagen, was ACTA eigentlich ist und in dem Zusammenhang muss man auch sagen, dass etwa 90 %, was in ACTA steht, geltendes österreichisches Recht ist. Wir sind auf jeden Fall für den Schutz des geistigen Eigentums, wir sind für Markenrechte und wir sind gegen die Produktpiraterie. Was zu kritisieren ist, das sind diese paar Prozent, die nicht im österreichischen Gesetz stehen und dafür stimmen wir auch der Dringlichkeit und dem Antrag in weiterer Folge zu. Diese paar Prozent sind nämlich tatsächlich so schwammig formuliert, dass sie völlig falsch ausgelegt werden könnten und was auch stark zu kritisieren ist, ist der Prozess, wie ACTA eigentlich zustande gekommen ist. Es ist nämlich völlig an der Interessensvertretung vorbei, an dem EU-Parlament, an der EU-Bevölkerung völlig vorbeigegangen und das ist zu kritisieren und daher sind wir auch für diesen Antrag.

Was ich auch noch anmerken möchte ist, dass schon sehr viele Personen, die jetzt wegen ACTA auf der Straße waren beziehungsweise die da groß gegen ACTA protestieren, eine große Verwechslung mit der Vorratsdatenspeicherung haben. Vorratsdatenspeicherung, da hätte man vor eineinhalb Jahren auf die Straße gehen können, dafür ist es leider zu spät, die wird jetzt am 1. April in Österreich eingeführt, aber ACTA hat damit nichts zu tun...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Aber man könnte es so auslegen.

GR. **Neumann**: Wenn ich immer wieder höre, Datenschutz und alles, damit hat ACTA nicht das Geringste zu tun. Wie gesagt, wir sind dafür, es ist gut, dass ein Prozess jetzt stattfindet, die paar Prozent, die nicht dem österreichischen Gesetz entsprechen, die sind zu kritisieren, die gehören geändert, aber grundsätzlich sollte man sich schon gegen Produktpiraterie und für den Schutz des geistigen Eigentums aussprechen, danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Kollege Neumann! Ich glaube, du hast es immer noch nicht verstanden, worum es bei der Anti-ACTA-Bewegung wirklich geht.

Zwischenruf GR. Neumann: Aber du.

GR. Mag. **Mariacher**: Es geht konkret um den Erhalt der Bürgerrechte, die es gibt, und es geht darum, dass es nicht eine inakzeptable Ausweitung von Obrigkeitsermessen gibt in der Art und Weise, dass einfach eine Beweislastumkehr stattfindet und ein bizarrer Anfangsverdacht von einem Konzern ins Treffen geführt wird und der Bürger muss sich dagegen verteidigen und hat nicht die Mittel, sich entsprechend zu wehren. Um das geht es, es geht darum, dass nicht die Chance eingeräumt wird, in fremde Wohnungen wirklich einzudringen und dann Folgenutzen und Unterlageneinsicht zu erzielen und mit der ACTA würde das sozusagen dieses Fass der Pandora damit geöffnet werden. Wo ich bei dem Antrag verwundert bin, trotz der seitenweisen Ausführung der Kollegin Grabe vermisse ich, dass wirklich der Schutz der intellektuellen Leistungen und der sogenannten gewerblichen Schutzrechte, nämlich gerade der Grazer und der steirischen Unternehmungen, nicht entsprechend berücksichtigt sind, das fehlt mir in diesem Antrag, wohl wissend, dass die ACTA nicht Kleinunternehmen oder internationale Mittelunternehmen, dazu zähle ich durchaus noch die Andritz AG dazu, schützt, sondern wirklich internationale Konzerne, wie man sie in Hollywood haben, wie man es bei internationalen Pharmakonzernen haben oder in der Nahrungsmittelindustrie. Diese sind wirklich die Nutznießer von der ACTA. Und daher war es für mich nicht überraschend, dass meine Teilnahme auch bei Anti-ACTA-Demonstrationen bei anderen Fraktionen unterschiedlich bewertet worden sind. Zwischen dem einen, warum ich als Grazer Gemeinderat mich überhaupt mit ACTA beschäftige, weil das wäre eh nur ein Thema für junge Leute, dann bis zu perplex, ja heute, habe schon was gehört von ACTA, aber das ist mir zu kompliziert. Die dritte Kategorie war unser Kluboberer, hat gesagt, das ACTA sei eh schon in Ordnung und der Mariacher pudelt sich eh nur deppert auf und die vierte Kategorie, wir haben eh unsere fünfte Kolonne zur Demonstration geschickt und das reicht. Ich werde trotz Bedenken, die ich im Antragstext habe, diesem Antrag zustimmen, weil ich der Auffassung bin, dass hier wirklich ein aktuelles Thema wirklich aufgegriffen wird und es auch hier im Grazer Gemeinderat diskutiert gehört, nämlich aktuell diskutiert gehört und auch entsprechende Meinungsbildung hier im Grazer

Gemeinderat stattfindet. Daher werde ich den Antrag unterstützen, aber mit den entsprechenden Anmerkungen. Danke.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Ja, ich danke für die Unterstützungszusagen, ein paar Bemerkungen, weil es jetzt mit Dringlichkeit zu tun hat. Der Herr Grosz hört jetzt zwar nicht zu, aber die anderen vielleicht doch, gut, dass Sie sich doch bemerkbar machen, Sie wären mir sonst gar nicht aufgefallen. Ihr Gottvertrauen oder Ihr Vertrauen in die Position der Bundesregierung in allen Ehren. Ich habe dieses Vertrauen nicht, wenn Sie sagen, das sei bereits rechtsverbindlich, wir alle zumindest, vielleicht haben Sie aus der Innensicht andere Informationen aus der Zeitungs- und sonstigen Sicht wurde mitgeteilt, dass abgewartet wird, was das Ergebnis des europäischen Gerichtshofes ist, das ist für mich noch keine definitive Absage oder umgekehrt Zusage, den Prozess zu ratifizieren. Wenn Sie so viel Vertrauen haben in die Bundesregierung, wundert mich das, es wäre mir bis jetzt noch nicht aufgefallen, hätte ich auch nachvollziehen können aber gut. Das heißt, erstens ist das noch nicht wirklich ausgeschlossen, dass es zu einer Ratifizierung kommt, zweitens ist auch dringlich, dass es hier zu einer vernünftigen Diskussion und Aufklärungsarbeit kommt. Wir alle wissen, das ist den Medien auch zu entnehmen gewesen, dass etliche Leute, sei es auf Bundesregierungsebene, sei es in anderen Gremien, dem Abkommen oder den Entwürfen zugestimmt haben, ohne zu wissen, worum es im Detail genau geht. Teilweise, weil das vorher gar nicht zugänglich war die Informationen, teilweise weil es halt nicht zum eigenen Themenbereich gehört, keine Ahnung, weiß ich nicht, ist nicht meine Verantwortung. Das heißt, es ist sehr wohl noch notwendig, hier Informations- und Aufklärungsarbeit zu machen, zu diskutieren und es ist für künftige Dinge notwendig. Das ist ja jetzt nicht der letzte Versuch, solche Informationsfreiheiten einzuschränken und Grundrechte eventuell einzuschränken, es sind neue Richtlinien in Vorbereitung, die in ähnliche Bereiche gehen. Also es ist nach wie vor notwendig, die Bevölkerung zu informieren, aber vor allem auch uns als

politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger selbst, wenn das natürlich nicht auf Gemeinderatsebene entschieden ist. Aber wir alle haben hoffentlich Kontakte zu unseren Kolleginnen und Kollegen auf anderen Ebenen, sofern es halt die Vertretung in den Gremien gibt. Daher, denke ich, ist die Dringlichkeit auf jeden Fall gegeben, auch wenn Sie, Herr Grosz, meinen, es ist ohnehin in der Bundesregierung schon alles praktisch gestoppt, dem ist eben nicht so (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Ing. **Lohr** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Der Kollege Baumann, die Meldung war jetzt hoffentlich nicht auf mich gemünzt, nicht alles mitnotieren, weil ich kann Sie beruhigen, beim Thema ACTA sind wir mit den Grünen mit im Boot. Eines der wenigen Themen, wo wir Freiheitliche auch Seite an Seite mit Grünen, mit SPÖ und anderen Gruppen zusammenstehen. Der Kollege Grosz hat es schon erwähnt, es ist eigentlich ein Bundesthema, aber natürlich ACTA betrifft auch die zweitgrößte Stadt Österreichs und es hat ja ein großes Interesse bei zwei Demonstrationen in Graz gegeben, wo natürlich auch Vertreter des freiheitlichen Bereiches anwesend waren und hier ein wichtiges Thema auch mitangesprochen haben. Das dritte Lager immer ein Kämpfer für Freiheitsrechte, wir sehen hier natürlich auch in diesem vorliegenden ACTA-Abkommen eine Einschränkung in der persönlichen Freiheit sowie eine überbordende Überwachung im Bereich des Internets heraufziehen. Die wesentlichen Dinge sind schon angesprochen worden, noch zwei Stichwörter eben ein massiver Eingriff in die Persönlichkeitsrechte, dem Kollegen Neumann sei auch gesagt, das betrifft natürlich Internetnutzung und die Zollkontrolle und hier werden dann unbescholtene Bürger doch zu massiven

Einschränkungen gekommen ausgehend von den USA, die hier natürlich ihren Überwachungsstaat auf ganz Europa überziehen wollen. Man sieht, es wird über das Ziel geschossen, es ist nicht eine Verbesserung des Urheberschutzes, sondern es geht eben um Kontrolle von freien Bürgern. Das lehnen wir ab und daher unterstützen wir auch den Antrag gemeinsam. Zum Abschluss darf ich noch den FPÖ-Abgeordneten zur EU, den Herrn Mölzer, zitieren, der in einem Satz ausdrückt, das ACTA-Abkommen bedeutet Rückschritt in den Vormärz und das wollen wir verhindern. Danke (*Applaus FPÖ*).

StR. **Grossmann:** Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Besuchergalerie! Ich denke, dass die Debatte über dieses eigenartige Übereinkommen, das uns hier vorliegt, auch wenn der Gemeinderat selbstverständlich nicht zuständig ist, auch wenn viele Gremien, lieber Gerald Grosz, sich bereits dagegen ausgesprochen haben, insofern wichtig ist, weil es das erste Mal ein Zeichen gibt, dass sich verschiedene politische Gremien gemeinsam mit der sogenannten Zivilgesellschaft über Fragen der bürgerlichen Freiheitsrechte auseinandersetzen und ich denke, da kann die Debatte gar nicht intensiv genug sein und wir können uns als politische Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger gar nicht intensiv genug damit auseinandersetzen. Wir haben, das ist heute schon erwähnt worden, ja ohnehin die Vorratsdatenspeicherung eigentlich relativ undiskutiert über die Bühne gehen lassen und werden jetzt mit 1. April damit konfrontiert sein. Eine Einrichtung an und für sich, die uns alle zu denken geben müsste und die eigentlich unserem Verständnis von Freiheit und Demokratie entgegenarbeitet. Einen einzigen Aspekt, der vielleicht noch nicht in diesem Ausmaß erwähnt wurde, weil vieles andere, was ich auch sagen wollte und einbringen wollte, ist ja schon besprochen worden, aber diesen Aspekt, glaube ich, sollten wir noch hereinnehmen. Wenn die Initiatorinnen und Initiatoren hinter verschlossenen Türen, in der Kammer sozusagen der Europäischen Kommission, auf

Einfluss der Lobbyistinnen und Lobbyisten über diesen Akt gesprochen haben, sind sie dann vor die Türen getreten und haben gemeint, es geht um Produktpiraterie und deshalb wollen wir das bei uns beschließen und ein internationales Abkommen machen daraus. Jene Staaten allerdings, die eigentlich in dieser Fragestellung notwendig wären, dass sie dieses Abkommen unterzeichnen, Indien, China, südostasiatische Staaten werden dieses Abkommen nicht unterzeichnen, damit ist eigentlich dem Hauptaugenmerk, dem dieser Artikel gewidmet werden sollte, nicht Rechnung getragen und damit ist er eigentlich zahnlos und beschneidet ein weiteres Stück unserer bürgerlichen Freiheiten und deshalb ist die Sozialdemokratie sehr glücklich, dass wir diese Debatte hier durchgeführt haben, dass es scheinbar zu einem einstimmigen Beschluss kommt. Vielen herzlichen Dank (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Herzlichen Dank für die breite Unterstützung und auch für die Unterstützung, dass Diskussion sehr wohl noch notwendig ist, auch wenn das nicht hier in diesem Hause entschieden wird. Ich hoffe, dass wir bei vergleichbaren möglicherweise kommenden Angriffen auf Freiheiten im Sinne von Informationsfreiheit und Grundrechten ähnlich einheitlich vorgehen, ähnlich wachsam sind und aufpassen, wann die nächsten Versuche kommen, schleichend Werte zu untergraben, die, denke ich, für uns als Menschenrechtsstadt, aber auch für uns in einem Europa, das sich den Menschenrechten verschrieben hat, einfach Grundlage sind. Danke (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Parteienfinanzierung

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne! Ich werde jetzt die inhaltlichen Argumente für mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung nicht noch einmal vorbringen. Sie sind teilweise bekannt, jedenfalls wurden sie von diesem Gremium in diesem Gemeinderat im Oktober vorigen Jahres einstimmig beschlossen und ich nehme an, wir wissen ja alle, was wir beschließen. Aber wie geht die Geschichte weiter? Im Oktober haben wir einstimmig beschlossen oder die Klubobleutekonferenz beauftragt, hier neue Richtlinien für eine transparente Parteienfinanzierung zu erarbeiten und bis Ende des ersten Quartals, bis Ende März, einen Zwischenbericht vorzulegen. Heute ist die letzte Sitzung vor diesem Termin, nur leider, es gibt keinen Bericht, es gibt nicht einmal ernsthafte Vorarbeiten, man könnte eigentlich das ganz kurz fassen, die Klubobleute wollen noch nachdenken oder so ähnlich. Das ist kein herzeigbares Ergebnis für fünf Monate. Es war fünf Monate Zeit, hier inhaltlich zu arbeiten, die Zeit wurde leider in keinster Weise genützt. Die Grazerinnen und Grazer wünschen sich aber zu Recht mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung, insbesondere in Zeiten wie diesen. Ich erspare Ihnen die vielen Details, die Sie ohnehin fast jeden Tag in der Zeitung lesen müssten von Telecom und, und, und die ganze Zeit. Heute kommt aber ein interessanter Aspekt dazu. Ein Kollege von der ÖVP, Herr Werner Amon, ist irgendwie ein bisschen ins Zwielficht geraten, wie immer man es genau bezeichnen mag, und jede Menge renommierte Leute sagen, der einzige Schutz gegen solche Anschuldigungen, seien sie zu Recht oder zu Unrecht, wir wissen es ja nicht, der einzige Schutz wären gläserne Parteikassen. Die Kleine Zeitung schreibt heute seitenweise darüber. Das wäre eigentlich das Gebot der Stunde, das wäre einerseits die Verhinderung von Korruption, das wichtige und einzige Mittel im Kampf gegen Korruption und natürlich auch die einzige Chance vor unrechten Anschuldigungen, weil wenn alles offengelegt ist, dann gibt es natürlich auch keine

unrechten Anschuldigungen. Also die gläserne Parteikasse würde hier, nicht nur nach meiner oder unserer grünen Ansicht, sondern auch nach Ansicht vieler Redakteure und maßgebender Leute eindeutig was weiterbringen.

Es bleibt also keine Zeit mehr für politische Täuschungsmanöver. Es ist an der Zeit, Farbe zu bekennen. Wollen wir mehr Transparenz oder wollen Sie es nicht. Sind Sie bereit von den politischen Parteien, im Gegenzug für öffentliche Gelder auch Information für die Öffentlichkeit zu verlangen. Warum soll die Öffentlichkeit Parteien finanzieren, wenn diese Parteien nicht bereit sind, herzuzeigen, wie sie arbeiten, dass sie ordnungsgemäß arbeiten. Die Öffnung der Parteikassen ist wirklich die einzige Chance gegen Korruption.

Wir Grünen bekennen uns zu mehr Transparenz bei politischen Parteien, weil diese Transparenz eine Notwendigkeit zur Vermeidung von Korruption ist. Und wir müssen das Rad nicht neu erfinden, es gibt einen guten Gesetzesentwurf auf Landesebene. Die Reformpartnerschaft will offensichtlich nur Reformen der anderen, nicht bei sich selbst, der Gesetzesentwurf geht unter, aber wir könnten ihn nutzen, wir könnten ihn leicht auf Graz adaptieren und wir könnten ihn eigentlich sehr schnell für Graz übernehmen.

In diesem Sinne stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Präsidialabteilung wird beauftragt, die Subventionsordnung der Stadt Graz bis zur Gemeinderatssitzung im Mai 2012 mit folgenden Aufträgen zu überarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen:

a) Die Grundsätze der städtischen Subventionsordnung müssen auch für Subventionen an politische Parteien gelten, Abrechnung mit Belegen,

Kontrollmöglichkeiten durch den Stadtrechnungshof. Es gibt überhaupt keine Abrechnung, nicht einmal eine Belegprüfung, das ist skandalös.

b) Die Mittel der Töpfe 1 „Parteienförderung“ und 2 „Diverse Subventionen“ der politischen Subventionen sollen nur mehr jenen Parteien gewährt werden, die sich zur Offenlegung ihrer Parteikassen im Sinne des 6. Abschnittes des Gesetzesentwurfes verpflichten. Insbesondere sollen Parteispenden von über 1.000 Euro, bezogen auf die Summe pro Person und Jahr, und die Gesamteinnahmen der Parteien aus eigener wirtschaftlicher Tätigkeit offengelegt werden. Die einzige Chance gegen Korruption.

c) Die Mittel der Töpfe 3 „Jugendheime“ und 4 „Studentenheime“ der politischen Subventionen sollten nicht nur politischen Parteien, sondern allen HeimbetreiberInnen gleichermaßen zugänglich sind. Die dafür vorgesehenen Mittel an politische Parteien sollen dem für Jugendheime und Studentenheime zuständigen Ressort zugeschlagen und sinngemäß verwendet werden.

Ich glaube, Partei Jugendheime sind nicht mehr an der Zeit, es geht hier einfach, dass auch überparteiliche Heimbetreiber die gleichen Chancen bekommen. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung für den dringlichen Antrag (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Sippel** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Ein transparentes System auch bei der Parteienfinanzierung ist für uns überhaupt kein Problem, ganz im Gegenteil, ist uns genauso ein Anliegen, deswegen haben wir ja auch mitgestimmt im Oktober oder November, wie der Antrag, dringliche Antrag der Grünen eingebracht worden ist und ich denke, es ist an der Zeit, auch darüber zu diskutieren und auch vor allem darüber zu diskutieren, wer schlussendlich einsehen darf. Weil es kann nicht sein, dass man da die Parteien an den Pranger stellt und zu Glaskästen macht und jeder alle Transaktionen usw. auch

das schlussendlich einsieht. Das ist etwas, was nicht in unserem Sinne sein kann. Aber ich glaube, es ist insgesamt keine Eile geboten, was das betrifft, weil in dieser Periode gibt es keine Subventionen mehr, das ist in dieser Gemeinderatsperiode bereits vorbei. Erst in der nächsten Periode wird das dann wieder schlagend werden und bis dorthin haben wir genug Zeit, da auch wirklich fundiert darüber zu diskutieren und uns Gedanken zu machen, wie wir in Graz mit den Parteisubventionen verfahren und ich glaube nämlich nicht, dass es sinnvoll ist, hier einfach 1 : 1 diese Gesetzesvorlage aus dem Land hier in der Stadt zu übernehmen, weil die Voraussetzungen der Parteiensubventionen bei uns in Graz doch andere sind. Aber bei den Grünen muss man immer auch etwas aufpassen, da ist Vorsicht geboten, es besteht nämlich die Gefahr, dass dieser Vorstoß weniger irgendwie die Vertretung von Bürgerinteressen oder auch von Transparenzansinnen ist, sondern dass hier vielmehr auch Parteiinteressen im Vordergrund stehen, nämlich, wie funktioniert der politische Gegner und welche Personen unterstützen ihn. Das sollte man auch insbesondere im Auge behalten. Ich möchte an dieser Stelle nur daran erinnern, wir haben es eh schon breit diskutiert heute, dass die Grünen ganz gerne auch in Privaträumlichkeiten „ermitteln“, nennen wir es einmal so, das brauchen wir mit Sicherheit nicht auch in den freiheitlichen Parteikassen, da können Sie Gift drauf nehmen. Transparenz ja, wir haben nichts zu verbergen, als einzige Partei im Übrigen auch im Bund, die FPÖ neu ist die einzige Partei, der man hier keine Anschuldigung auch entgegenbringt. Sie lachen, Frau Vizebürgermeister, aber das ist so. Aber ich glaube, das ist das Entscheidende, hier keinen Wahlkampfzug zu veranstalten, sondern in gemeinsamer Erarbeitung hier auch im Rahmen einer Klubobleutekonferenz vernünftige Richtlinien auch zu erstellen. Und als Klubobmann stehe ich natürlich ab sofort und ab morgen bereits dazu zur Verfügung zu diskutieren, darüber zu reden, ich verstehe auch nicht, warum zum Beispiel die Klubobfrau der Grünen hier sich nicht gemeldet hat und gesagt hat, reden wir einmal drüber, wäre überhaupt kein Problem gewesen. Wir sind auf jeden Fall bereit, darüber zu diskutieren und zu verhandeln, allfällige Verhandlungen zu führen. Nur irgendwelche schnellen Dinge aus der Hüfte geschossen, glaube ich, sehen wir eher kontraproduktiv. In diesem Sinne werden wir

aber trotzdem der Dringlichkeit zustimmen, weil es ist natürlich Thema, das auch durchaus als dringlich bewertet werden kann, allerdings den Inhalt lehnen wir ab. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hinsichtlich der politischen Finanzierung aus dem Budget der Stadt Graz und damit der Grazerinnen und Grazer ist Transparenz mehr denn je ein Gebot der Stunde. Es ist derzeit eine Black Box, jeder macht mit dem Geld im Grunde, was er will und wir wissen, allein wenn wir auch an die ÖH denken, an die Österreichische Hochschülerschaft, wie hier in anderen Gremien Gelder zumeist oder vielfach zweckwidrig und nicht im Interesse des Einzahlenden verwendet werden. Deswegen ist wirklich Transparenz hier geboten, aber es muss eine faire Transparenz sein und ich verweise nochmals auf meine vorherige Wortmeldung, dass auch die PR-Beiträge, die zum Nutzen der Regierungsfraktion wirklich verwendet werden (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), auch hier unter der Transparenz der Parteienfinanzierung darzustellen sind. Auf diese zu vergessen, wäre ein grobes Manko, ein grobes Versagen. Außerdem, da gebe ich dem Kollegen Sippel durchaus Recht, man muss die Grazer Verhältnisse vor Augen halten. Es wird im nächsten Gemeinderat, das wage ich zu prophezeien, sowie in vielen Gemeinderäten vorher auch Listen geben, die keine Partei darstellen, Partei im Sinne gemeldete Partei beim Innenministerium, die ALG, darf ich erinnern, war seinerzeit auch keine Partei, es hat andere Listen gegeben, die auch keine Partei hinter sich haben, aber ich sage auch, diese Listen müssen sich und haben sich der entsprechenden und gebotenen Transparenz zu stellen. Es müssen die Kontenbewegungen ganz offengelegt werden. Welchen Modus man erfindet, ab welchem Betrag auch die Namen genannt werden, darüber kann man diskutieren, das ist Diskussionsspielraum, aber hier ist wirklich die Transparenz einzufordern, deswegen suche ich hier einmal in dem konkreten Fall nicht das Haar in

der Suppe in dem Antrag vom Kollegen Wohlfahrt, sondern ich stimme aus Überzeugung diesem Antrag, dem Inhalt und der Dringlichkeit nach, zu. Danke.

GR. **Grosz:** Der Antrag ist hochinteressant und wir werden ihm auch zustimmen, auch wenn ich natürlich mit dem einen oder anderen in der Präambel ein Problem habe, aber gut. Das was sich hier im Untersuchungsausschuss, auf dessen Erkenntnis bezogen wird offenbar, ist ja für niemanden erfreulich und man kann ehrlicherweise sagen, alle Asche auf unser Haupt, ob es jetzt Monika Langthaler, Gernold Rumpold, Peek-und-Cloppenburg-Spende an die Grünen, damit nicht mehr demonstriert wird über NGOs gegen Pelztiere vor dem Geschäft, das nennt sich Schutzgeld, das ist dann keine illegales, das ist klassisches Schutzgeld. Wenn man sich, und zwar transparentes Schutzgeld, noch schlimmer, also der Sumpf betrifft ja alle und es wird an vielen liegen, mit dieser Generation auch abzuschließen und einen Paradigmenwechsel in der Politik herbeizuführen. Mit einem habe ich aber ein sachliches Problem, mit dem Punkt b) und ich ersuche, ihn vielleicht insofern zu korrigieren oder näher zu definieren, wo der Antrag des Kollegen Wohlfahrt sich ja auf den 6. Abschnitt des Entwurfes des steirischen Parteienförderungsgesetzes 2010 bezieht und da habe ich das Problem, dass hier nur Landtagsparteien und Landtagsklubs explizit erfasst sind und sonst nichts. Sage ich, ok, auch kein Problem, das steirische BZÖ ist traurigerweise nicht im Landtag, davon nicht erfasst. Wäre jetzt der einfachste Weg dieser gesamten Geschichte, also ich würde gerade anhand dieses Entwurfes diesem Entwurf dahingehend etwas hinzufügen analog zur Gemeinderatsfraktion, Gemeinderatsklubs, Parteien auf Stadtebene zumindest all jene Parteien, die öffentliche Parteiförderungen, Gemeinderatsförderungen erhalten, weil so, wie der Antrag derzeit ist, erfasst er nicht alle, ehrlicherweise. Das würde ich vorschlagen, dass der Antrag gerade jetzt von den Grünen kommt, ist zwar recht interessant, wie wohl ich schon eines anmerken möchte: Vor zwei Tagesordnungspunkten ist ein Beschluss gefallen, wo man eine de facto illegale Parteienfinanzierung auf Kosten des

Steuerzahlers beschließt. Um das eigene Wahlwerbebudget zu schonen, um sich vielleicht PR-Texte bei Zeitungen für Parteien einzukaufen, wird eine Million Euro Steuergeld hergenommen. Jetzt ist vielleicht im Inserat der Holding und der Stadt Graz auf der einen Seite kein Kopf des Herrn Bürgermeisters (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) oder der Vizebürgermeisterin zu finden, aber wehe dem, wenn ein paar Ausgaben weiter ein PR-Text der Grünen und Grünen und der ÖVP plötzlich auftaucht. Weil das ist dann eine sogenannte Kick-Back-Zahlung, das ist die Kick-Back-Zahlung typisch, das heißt, man füttert zuerst an und sagt aufgrund der politischen Entscheidung, weil ich bei euch eine Seite inseriere, hole ich mir in drei Wochen eine halbe PR-Seite für die Partei ab, der Kollege Rechnungshofdirektor, der im Bundesrechnungshof tätig war, kann Ihnen sicherlich auch ein Lied davon singen, wie so etwas funktioniert, das gehört auch überprüft und das heißt natürlich auch, dass natürlich diese Medien, die Sie als ÖVP bedienen...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Sie sprechen aus Erfahrung.

GR. **Grosz:** Ja, das ist die Erfahrung (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) aus dem Untersuchungsausschuss, dessen Ersatzmitglied ich bin und des Rechnungshofausschusses, dessen Fraktionsführer ich bin, das sind genau diese Erfahrungen, die derzeit diese Republik in den Sumpf bringen. Sie beschließen entgegen aller Richtlinien...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker:** Herr Gemeinderat, Sie sind schon über der Zeit.

GR. **Grosz:** ...eine Million Euro Parteienförderung und dann zwei Dringliche weiter, um dann zwei Dringliche weiter etwas zu beschließen, wo man die Wahlkampfkosten de facto transparent legt, wo man die Parteienfinanzierung transparent legt und holen sich eine Million Euro Steuergeld für eine De-facto-Parteienfinanzierung. Ganz so ehrlich ist das dann auch nicht.

StR.ⁱⁿ **Kahr:** Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema ist wichtig, richtig, aber auch nicht neu. Ich kann mich seit 1998 erinnern, dass man in wie vielen Klubobleutekonferenzen und Arbeitsgruppen und auch wenn es immer zu diesem und jenem diskutiert worden ist, immer wieder das thematisiert wurde, immer wieder grundsätzlich gesagt worden ist, ja da spricht nichts dagegen, dann immer interessant war, wie man sich trotzdem um das Thema wieder herumgeschlichen hat, dann ist es halt wieder in Vergessenheit geraten. Meistens immer knapp vor Wahlen kommen dann wieder Dringlichkeitsanträge. Ich bin auch nicht optimistisch, dass das jetzt wieder anders ausschauen wird, weil wir haben erst gar nicht vor so langer Zeit, ich glaube, war das im Dezember oder November, auch diskutiert...

Zwischenruf GR. Baumann: Oktober, aber es wird ja jetzt niedergestimmt.

StR.ⁱⁿ **Kahr:** ...und deshalb kann man zwar hoffen und es immer gut und das soll man auch in der Politik, wir werden natürlich der Dringlichkeit und dem Antrag zustimmen, wie wir das auch immer gemacht haben und für mich gehört da auch genauso viel Transparenz, weil ich kann mich noch gut erinnern, dass auch in dem Haus einmal durchaus diskutiert worden ist, wie werden eigentlich die

Verfügungsmittel von Stadtratsbüros, Klubs usw. auch, werden die überhaupt ordnungsgemäß, nach den Richtlinien, ich kann mich noch erinnern damals, es war der Stadtrechnungshofdirektor Terler, der da sehr penibel darauf geachtet hat, dass da sozusagen die Damen, um sich selbst jetzt herzunehmen, nicht Stöckelschuhe kaufen damit und die Herren vielleicht einen superteuren Regenschirm. Das gehört auch mit dazu und ansonsten hoffe ich, vielleicht findet er doch eine Mehrheit diesmal. Danke.

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat! Ich darf vorwegschicken, dass die Volkspartei dieses Thema sehr ernst nimmt, das haben wir auch bei der Klubobleutekonferenz am 14. Dezember, der Antrag, Kollege Wohlfahrt, dein Antrag im Oktober, wir haben am 14. Dezember eine Klubobleutekonferenz mit den Parteiohleuten auch ein Novum gehabt, das weist darauf hin, dass es sich um ein wichtiges, aber auch komplexes Thema handelt. Der Verlauf war wie zu erwarten, es haben alle, das muss ich allen unterstellen, das Thema sehr ernst genommen, ich habe hier ein Protokoll über die Sitzung, es kommt in allen Wortmeldungen durchaus das Bewusstsein zum Ausdruck, dass Sie sich alle im demokratischen Kreis fest verankert fühlen, dass aber klar ist, dass es sich bei Parteien und Parteienförderung nicht um eine Vereinsgebarung handelt. Das Funktionieren einer pluralistischen sprich einer Mehrparteiendemokratie ist eine Errungenschaft, die keiner von uns auch nur im Geringsten in Frage stellen möchte und es wurde auch vom Kollegen Mariacher ja interessant und auch vom Kollegen Sippel Folgendes zum Ausdruck gebracht, es handelt sich bei der Wahlwerbung, bei den wahlwerbenden Parteien zur Gemeinderatswahl ja keineswegs nur um Parteien, die über ein gewisses Backbone verfügen, sondern auch um Interessensgruppen, die sich formieren. Es bedarf daher einer vorsichtigen behändigen Herangehensweise, wir nehmen es ernst, aber, da bin ich ganz bei Kollegen Sippel, bis zum Mai besteht erstens keine realistische Möglichkeit, das Thema zu finalisieren und auch keine Notwendigkeit. Denn es ist fürs

heurige Jahr, damit hier kein falscher Eindruck entsteht, sind die Subventionen von diesem hohen Haus beschlossen und wir denken selbstverständlich an neue Modelle für die nächste Periode und es ist auch richtig und wichtig, dass wir uns schon vorbereiten, das tun wir, und wir werden auch demnächst wieder in der Klubobleutekonferenz beisammen sein. Daher heute keine Dringlichkeit, wir nehmen das Thema trotzdem ernst und auch kein Beschluss zum Inhalt. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper:** Frau Vorsitzende, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Gerhard! Ich sage, das ist ein Erinnerungsdringlicher, der natürlich notwendig ist, weil er ist ja, nachdem wir das Thema ja ernst nehmen als Sozialdemokratie und auch ernst genommen haben, sonst hätten wir dem Dringlichkeitsantrag von deiner Seite am 20. Oktober nicht die Zustimmung gegeben, der wurde einstimmig angenommen. Wir nehmen dies sehr ernst, Kollege Peter Piffel hat schon darauf hingewiesen, dass wir am 14. aufgrund dieser Beschlusslage eine Klubobleutekonferenz abhielten mit den Parteivorsitzenden. Nachdem ich den Vorschlag machte, laut Protokoll, sich mit dem Land in Verbindung zu setzen, mit den Fraktionen des Landtagsklubs und den Parlamentsklubs, habe ich dies auch getan und die Auskunft erhalten, dass natürlich das Land bislang nur Vorgespräche geführt hat zu dem Entwurf des Parteienförderungsgesetzes vom 4. März 2010, er sich nicht im Unterausschuss befindet und das Land darauf wartet, welche Vorschläge natürlicherweise vom Bund, aus dem Parlament, vom Justizministerium demnächst kommen werden in den nächsten Tagen und Wochen, weil das ist einfach notwendig, dass die drei Gebietskörperschaften für sich solo agieren und Parteiförderungsgesetze vorbereiten, strukturieren, nämlich eine auf kommunaler Ebene, eine auf Landesebene und Entwürfe auf Bundesebene. Deswegen gilt es, dies abzustimmen und auch logischerweise auf die adäquaten Bundesregelungen zu warten. Wir haben aber auch vereinbart, wie ich dem Protokoll entnehme und meiner Erinnerung vermerkt habe, und die Christina, deine Klubobfrau, saß ja neben mir, haben wir

vereinbart, eine nächste Klubobleutekonferenz nach Einholung der Statements und der Stellungnahmen von Landesseite und Bundesseite noch in diesem März abzuhalten, 2012, eine neue Klubobleutekonferenz und dies auch entsprechend weiterzutreiben und weiterzubetreuen und weiterhin ins Auge zu fassen. Ungefähr in dem Zeitrahmen, den Peter Piffel schon vorgegeben hat. Ich zitiere die Christina Jahn, die da vorgeschlagen hat, für die Verhandlungen schlägt sie den Gemeinderat Dr. Gerhard Wohlfahrt als Verhandlungspartner der Grünen vor. Wir akzeptieren das gerne. In diesem Sinne sehen wir keine Dringlichkeit, aber wir sehen den Inhalt durchaus ernst und notwendig, dass er jetzt weiter betreut und weiter behandelt wird. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Das Schlusswort zur Dringlichkeit ist gut, drei Monate vergehen, man denkt nicht einmal daran, einen Termin auszumachen, aber man trifft sich eh noch im März. Wir werden es ja sehen. Ich glaube, das Land ist noch lustiger. Die haben vor zwei Jahren, Entwurf 4. März 2010, den Entwurf im Unterausschuss fertig, aber leider den Unterausschuss gibt es nicht, also das Land können wir noch lange nicht übertreffen und die lassen das zwei Jahre liegen, bei uns liegt es bei weitem noch nicht so lange, es wird schon noch kommen, aber ich glaube, man sieht schon, wo es hingehet und der Dringliche ist schon wichtig, sonst hätten wir den März-Termin auch noch vergessen. Man könnte natürlich jetzt vielleicht den 31. März vorschlagen, weil viel früher werden wir eh nichts finden, dann hätten wir noch einen Termin im März, also 31. März, vielleicht freihalten die Klubobleute, ich hätte sicher Zeit, ich komme gerne, wenn das erwünscht ist, dann schaffen wir im März zumindest noch ein Treffen. Also ich glaube, es ist ziemlich offensichtlich, was dahintersteht, man muss es eh der Öffentlichkeit erklären, warum man so lange für so etwas braucht, wo so ein großer Missstand ist, was so notwendig wäre, was zu verändern. Nachdem ich wahrscheinlich inhaltlich nicht mehr viel dazu sagen kann, ganz kurz eine kleine Anmerkung, der Gerald Grosz hat halb Recht, es steht „Parteien“ im Punkt b), das ist

ein Fehler, das ist nicht so gemeint, da sollte wahlwerbende Gruppe, Listen oder was dabeistehen. Inhaltlich ist es völlig klar, dass genau jene, ich sage jetzt, Gruppierungen, die Gelder bekommen, entsprechende Offenlegung machen müssen, egal ob es eine Partei ist, eine Liste ist, eine wahlwerbende Gruppe. Für andere kann ich es nicht, ich bin ja kein Gesetzgeber, ich kann nicht zwangsweise wo reinschauen, will ich auch nicht, war auch nie die Forderung. Die Idee ist nur Förderungen nur für eine Gegenleistung, egal ob Partei oder wahlwerbende Gruppe oder was auch immer, aber es ist klar, wenn die Stadt Subventionen auszahlt an diese Gruppierungen, dann hat auch die Öffentlichkeit das Recht zu wissen, was denn so vorgeht und ich glaube, das ist wichtig und ich glaube, wir wissen eh alle, dass das international das einzige Mittel gegen Korruption ist. Tun wir nicht so, als ob es was zu verbergen gäbe, vielleicht manchmal doch, aber im Prinzip (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) ist das die einzige Chance gegen Korruption. Einen kleinen Hinweis habe ich noch an die FPÖ. Es hat geheißen, die FPÖ neu hat hier keine Mittel gekriegt, das kann schon sein, aber da müssen wir die Neuen multiplizieren anfangen, weil wenn man sich jeden Tag neu gründet, dann kann das schon sein, weil mit FPÖ neu, neu, neu, neu wird sicher dann auch keine Mittel bekommen haben, aber ich weiß nicht, warum die Betonung auf neu so wichtig ist, hat die alte FPÖ so viel abkassiert, keine Ahnung? Aber ich glaube, man sollte da ein bisschen länger hinschauen und nicht nur auf eine zwei Tage alte Partei, das kann es nicht sein. Also in diesem Sinne, mein Wunsch wäre natürlich mehr Transparenz, relativ bald, aber dringlich ist es nicht, was soll ich machen, aber ich glaube wir sehen uns sicher am 31. März, spätestens, wohlgermerkt. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 18.15 Uhr den Vorsitz.

6) Befragung über Reininghausgründe nach dem Steiermärkischen Volksrechtegesetz

GR.ⁱⁿ **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Sehr geehrte Damen und Herren! Die Diskussion über die Zukunft der Reininghausgründe begleitet die Grazer Kommunalpolitik schon seit geraumer Zeit und hat auch in der letzten Zeit schon sehr viele Wendungen erfahren. Nun steht das Vorhaben erneut im Raum, dieses Areal für die Stadt anzukaufen. Dabei gibt es sicherlich gewichtige Pro- und Kontra-Argumente.

Es ist deshalb zu begrüßen, dass die Bürgerinnen und Bürger von Graz über diesen Plan befragt werden. Schließlich geht es dabei um eine nicht geringe zusätzliche finanzielle Belastung für die bereits hoch verschuldeten Stadt Graz und zwar in der Höhe von 70 Millionen Euro. Wobei ich glaube, dass es ja nicht bei diesen 70 Millionen Euro letztendlich bleiben wird.

Wegen der Bedeutung dieser Entscheidung halten wir es für durchaus sinnvoll und notwendig, die Befragung der Bevölkerung im gesetzlichen Rahmen des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes durchzuführen, was gewichtiger und verbindlicher wäre als eine BürgerInnenumfrage, die lediglich auf den Richtlinien, die von SPÖ und ÖVP im Rathaus hier im Rathaus beschlossen wurden, beruht.

Aus diesem Grunde stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

dringlichen Antrag:

Wenn es zu einer Befragung der Grazer Bevölkerung über die Zukunft der Reininghausgründe und die Beteiligung der Stadt Graz daran kommt, so ist diese nach den Bestimmungen des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes durchzuführen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Grosz** zur Geschäftsordnung: Aufgrund offenbar eines Problems der Österreichischen Volkspartei hat der Vorsitzende sich noch nicht entschieden, ob wir den Antrag der KPÖ zur direkten Demokratie bei Reininghaus mit dem Antrag des BZÖ, im Übrigen einen vollidenten Beschlusstext, zusammenlegen. Ich beantrage gemäß Geschäftsordnung die sofortige Abstimmung über die Zusammenlegung zu einer Debatte, weil ich halte für einen entsetzlichen Unfug auch anhand der Zeit, weil dann haben wir doppelt so viele Redner etc. Es kann schon sein, dass der Grosz und die Kollegin Bergmann halt ein bisschen länger reden darf, ok, aber dass man dann von jeder Fraktion jeweils fünf Redner mehr haben, das halte ich wirklich für einen Schwachsinn.

Zwischenruf GR.in Gesek: Dann rede halt weniger.

GR. **Grosz**: Ich weiß nicht, warum sich da die ÖVP wehrt, aber ich beantrage das formell.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich darf auch ganz kurz zur Geschäftsordnung ergänzen. Wir haben kein grundsätzliches Problem in der ÖVP, sondern wir haben eine klare Effizienzfrage gestellt nämlich, wenn wir das machen, dann hat es nur Sinn und Zweck, dass nicht die doppelte Redezeit von den Rednern beansprucht wird, sondern die Redezeit eben für einen Antrag gegeben ist. Ansonsten bringt das Zusammenlegen überhaupt nichts. Deshalb würde ich den Antrag gerne ergänzen, indem wir sagen, wird zusammengelegt und die Redezeit bleibt eben so wie es für einen dringlichen Antrag der Fall ist.

Der Antrag über die Zusammenlegung der beiden dringlichen Anträge (KPÖ und BZÖ) wurde einstimmig angenommen.

7) Direkte Demokratie rund um Reininghaus

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Wir haben heute schon am Vormittag darüber diskutiert. 700.000 Euro, wird von der ÖVP kolportiert, kostet in dieser Stadt direkte Demokratie und das ist schlichtweg die Unwahrheit. Wir wissen, dass sich die direkte Demokratie im Falle einer Volksbefragung in Graz bestenfalls auf 222.000 Euro ausgerechnet, sagen wir 250.000 Euro direkte Demokratie beziffern würde. Und ich sage Ihnen ganz deutlich, der KPÖ-Antrag und der BZÖ-Antrag ist hier komplett ident und ich glaube auch eine Mehrheit des Gemeinderates und ich appelliere auch an die Sozialdemokratie, das so zu sehen. Wenn wir über 75 Millionen Euro bei Reininghaus abstimmen, dann möchte ich eine Variante haben der Abstimmung, die absolut fälschungssicher ist. Bei dem Modell, dem städtischen Modell, das ja analog zur Briefwahl passiert ist, auch mit den ähnlichen Instrumenten haben wir jetzt mittlerweile auf Bundesebene die größten

Probleme, diese Briefwahl wieder so sicher zu machen, weil sie nämlich sich als Nachteil herausgestellt hat. Und ich weiß nicht, wenn nach der Marke ÖVP ein Brief mit dem Code-Wort in einem Haushalt an eine Person landet, wer dann tatsächlich abstimmt, das ist das gleiche Problem wie bei den Wahlkarten. Nur in dem Fall, dass es bei uns in Graz bei 180.000 Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern das Problem gibt, ich kann nicht kontrollieren, wer hat abgestimmt, ich kann nicht kontrollieren, ob die, mit Verlaub gesagt, bettlägerige Großmutter, dement vielleicht, ich möchte da jetzt nicht irgendwie klischeehaft etwas darstellen, aber ich kann nicht kontrollieren, ob diese Dame selbst abgestimmt hat oder ob es nicht der Bua war, der zufälligerweise bei der jungen Volkspartei Funktionär ist und in seiner ganzen Familie diese Stimmzettel einfordert. Ich warne davor, wenn wir über 75 Millionen, sollen es 80 oder 70 Millionen sein, in dieser Stadt entscheiden, dann will ich ein direktes demokratisches Instrument, das absolut sicher ist und das ist die im Steiermärkischen Volksrechtegesetz vorgesehene Volksbefragung nach Volksrechtegesetz. Parteifragen sind legitim auch diese Bürgerbefragung, die mit Stimmen einer Mehrheit in dem Gemeinderat beschlossen worden ist, alles legitim bei allem anderen, aber bitte nicht bei 75 Millionen Euro, denn das ist viel Geld. Das ist in alten, echten Schillingen, also nicht Spielgeld-Euro, das sind eine Milliarde Schilling, das gehört auch bei der Gelegenheit gesagt und da sage ich, da wäre es schon sinnvoll, wenn man diese 250.000 Euro investiert, weil Werbekosten hast du dort oder da und das in eine Volksbefragung investiert.

Daher stelle ich den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zur direkten Demokratie, auch im Zusammenhang über die Fragestellung einer möglichen Übernahme der Reininghausgründe durch die Stadt Graz.

Der Gemeinderat fordert Bürgermeister Nagl auf, sämtliche im Gemeinderat befindlichen wahlwerbenden Gruppierungen, Klubs und Fraktionen in die Verhandlungen um eine Übernahme der Reininghausgründe voll einzubinden. Bei möglichem positivem Abschluss der Verhandlungen verpflichtet sich der Gemeinderat zur Einbindung der Grazerinnen und Grazer und richtet alle seine Bestrebungen auf die Ermöglichung einer Volksbefragung nach Steiermärkischem Volksrechtegesetz.

12 Sekunden überzogen, ich bitte um Annahme.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Also diese Performance werden wir uns merken bei anderer Gelegenheiten, Gerald Grosz, wo du nicht so schnell hier am Rednerpult sprechen wirst. Wenn sich niemand meldet, dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Bei der Abstimmung schlage ich vor, dass wir die Abstimmung jedenfalls nach den einzelnen Anträgen getrennt machen. Zunächst über die Dringlichkeit des Antrages der KPÖ.

Die Dringlichkeit des KPÖ-Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Die Dringlichkeit des BZÖ-Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Steirischen Kulturbeirat nicht abschaffen – Petition an die Landesregierung Steiermark

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke)* Gerade im komplexen Kulturbereich hat sich ein ausgewogenes Beiratssystem nicht nur in der Landeshauptstadt Graz, sondern auch für die ganze Steiermark bewährt. Stadtrat Grossmann hat erst vor kurzem darauf hingewiesen, dass er nicht daran denkt, dieses in Graz zu verändern.

Hochengagierte Kulturschaffende und Kulturvermittler waren stets bemüht, ein vielschichtiges Bild der Kulturszene zu liefern. Wenn auch selbstverständlich die jeweilige Letztentscheidung dem politischen Amtsträger zufällt, kann behauptet werden, dass eben dann diese Beschlüsse nicht zuletzt durch die Leistungen der Beiräte mehr Fundament besitzen. Es geht also hier um die kulturpolitischen Leitlinien, die die Politiker nicht ohne Beratung mit denen fällen sollten, die ja sich mit der Szene hervorragend auskennen.

Außerdem kann der Verdacht bezüglich Willkürentscheidungen oder Günstlingswirtschaft durch ein durchdachtes Beiratssystem leichter hintangehalten werden.

Nun jedoch droht Landesrat Dr. Buchmann völlig überraschend mit der Abschaffung des steirischen Kulturbeirats, obwohl die Geldsumme, die dadurch eingespart werden soll, lächerlich gering ist.

Dies gilt es zu verhindern: Demokratie und Mitbestimmung dürfen in der steirischen Kulturpolitik nicht ausgeklammert werden

Ich stelle daher namens der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die bewährte Institution eines steirischen Kulturbeirates beizubehalten. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Brennpunkt Billa-Eck

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat! Die Ereignisse rund um das Billa-Eck am Grazer Hauptplatz waren in den letzter Zeit wiederholt Gegenstand medialer Berichterstattung.

Tatsächlich ist dieser soziale Brennpunkt eine Visitenkarte des Scheiterns verschiedener politischer Bereiche. So wurde diese Örtlichkeit in jüngerer Vergangenheit zur Anlaufstelle von Menschen mit unterschiedlichen Problemen rund um das Thema Suchterkrankung. Neben dem großen Personenkreis jener Menschen

in ambulanten Drogenentwöhnungstherapien, die einerseits die umliegenden Apotheken und andererseits das der Örtlichkeit ihren umgangssprachlichen Namen gebende Lebensmittelgeschäft frequentieren, ist auch eine nicht gerade kleine Gruppe von Personen, die mit der Lebenssituation der Erstgenannten Geschäfte zu machen weiß, anzutreffen.

Den Exekutivkräften sind hierbei aus mehreren Gründen beide Hände gebunden. Ich rufe in diesem Zusammenhang in Erinnerung, dass ich hierorts bereits am 20.1. 2011 einen dringlichen Antrag eingebracht habe, in dessen Rahmen ich eine Ausweitung des Alkoholverbotes auf die umliegenden Plätze rund um den Hauptplatz anregte. Dieser Antrag fand im Gemeinderat eine deutliche Mehrheit.

Zudem soll in unmittelbarer Nähe zum Billa-Eck die Möbel-Kette „Interio“ einen neuen Standort planen, der aus wirtschaftlicher Sicht auf die Grazer Innenstadt belebend wirken könnte. Es bedarf wohl keiner gesonderten Erwähnung, dass ein Unternehmen Interesse an einem ungestörten Geschäftsgang hat. Die letzten Vorkommnisse lassen aber ernste Zweifel daran aufkommen, dass diese Voraussetzung auch erfüllt werden kann.

In diesem Zusammenhang zitiere ich nun aus dem dringlichen Antrag meines Gemeinderatskollegen Ing. Roland Lohr vom 17.1.2011.

Anfang des Zitats: Wenn nun durch die Einführung eines Alkoholverbotes auch ein Wegweiserecht durch Behördenvertreter implementiert werden soll, stellt sich die berechtigte Frage: „Wohin mit den Personen, die hier weggewiesen werden sollen?“

Es gilt daher, ein innenstadtnahes Lokal mit geregelten Öffnungszeiten, eine sogenannte Soziothek zu finden, in dem sich die Szene treffen kann. Ziel wäre es, einen „Treff- und Ruhepunkt mit Dach“ für die alkoholabhängigen Mitglieder der Grazer Straßenszene zum Reden, Rauchen und Trinken zu schaffen.“ Ende des Zitats.

Dieser Antrag fand im Gemeinderat leider keine Mehrheit. Wohl aber verwiesen verschiedene Redner anderer Parteien auf eine Fülle von Maßnahmen, die bereits in Vorbereitung wären und wohl auch demnächst verbessernd wirken würden.

Leider zeigt die Realität ein anderes Bild und ich bitte Sie, Sie können sich jederzeit überzeugen, dass der Antrag vom Kollegen Lohr sehr wichtig gewesen wäre, aber leider hier keine Mehrheit gefunden hat.

Deshalb stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

In der Gemeinderatssitzung vom 20.01.2011 wurde folgender dringlicher Antrag beschlossen:

Die Durchführungsverordnung über das Alkoholverbot am Grazer Hauptplatz ist dahingehend zu überarbeiten, dass sich deren Inhalt nun auch auf die direkt an den Hauptplatz angrenzenden Straßen und Gassen erstreckt. Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, gegenständliches Modell dem Stadtsenat zur Beschlussfassung vorzulegen und dem Gemeinderat hierüber Bericht zu erstatten.

Ich bitte jetzt um folgende Beschlussfassung folgender zwei Anträge:

1. Der Gemeinderat wolle daher beschließen:

Die notwendigen rechtlichen und organisatorischen Schritte (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) zur Umsetzung obigen Antrages werden vom Gemeinderat als prioritär betrachtet. Die zuständigen Stellen der Politik und der Verwaltung werden daher ersucht, ohne weitere Verzögerungen die Durchführung zu veranlassen.

2. Der Gemeinderat wolle weiters beschließen:

Die zuständigen Stellen und politischen Vertreter der Stadt Graz, insbesondere der Liegenschaftsreferent, das trifft sich sehr gut, dass er gerade Vorsitzführung hat, werden ersucht, geeignete Räumlichkeiten für die Einrichtung einer Soziothek im Sinne des Motivenberichtes zu suchen. Nach entsprechender Überprüfung sind diesbezügliche Ergebnisse dem Gemeinderat zur ebenfalls weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

Ich ersuche um Annahme (*Applaus FPÖ*).

StR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Hoher Gemeinderat! Ich möchte einmal vorwegschicken, dass wir der Dringlichkeit grundsätzlich zustimmen werden dieses Antrages, möchten aber darum bitten, dass wir getrennt abstimmen. Wir können dem ersten Absatz, dem ersten Abstimmungspunkt nicht unsere Zustimmung geben. Ich glaube, wir haben das schon oft in diesem Gemeinderat erörtert und ich erspare mir das jetzt. Zum zweiten Punkt muss ich sagen, es spricht nichts dagegen, einmal eine Räumlichkeit zu suchen für eine Soziothek. Die Frage ist, wie geht es dann weiter beziehungsweise womit füllt man diese Räumlichkeit, weil nur einen Raum zur Verfügung zu stellen, ist zu wenig...

Zwischenruf GR. Baumann: Deswegen hat man eine Sozialstadträtin.

StR.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: ...man braucht ein Konzept, man braucht eine Trägerorganisation, die die Betroffenen dann auch vor Ort betreuen kann, und was auch ganz wichtig ist bei dieser Konzepterstellung, man muss mit den Betroffenen, die man hofft, dass die dort dann hineingehen und diese Trinkerstube oder Soziothek

benutzen, mit denen muss man vorher auch klipp und klar reden. Und da muss man sich schon eine Frage stellen, welche Erwartung hat man an so eine Soziothek? Wenn man erwartet, dass damit das Billa-Eck frei wird, dann kann ich gleich sagen, diese Erwartung werden wir niemals erfüllen, denn vom Billa-Eck sind nicht alle, die dort herumstehen, alkoholabhängig und es werden sich nicht alle automatisch in diese Räumlichkeit begeben. Ja das ist einfach ein Faktum und wir haben ja in der ExpertInnenkommission, die einmal im Monat tagt, einen Betroffenen das vorletzte Mal bei uns gehabt und haben ihn einmal befragt, wie muss so eine Soziothek ausschauen, damit die Menschen vom Billa-Eck das überhaupt annehmen? Der hat, ich bezeichne es einmal als „warme Eislutscher“, uns was geschildert und wenn das so käme, dann schätzt er, würden ungefähr 70 % der Menschen vom Billa-Eck dorthin kommen. Da waren aber wirklich Forderungen dabei, die wir nie erfüllen können, nämlich, dass dort Alkohol billiger als beim Billa verkauft wird, dass das riesengroß ist, dass da ein bisschen eine Betreuung ist, eine Bewirtung, dass das eigentlich ein billiges Wirtshaus ist und das wird die Stadt Graz niemals fördern können, das ist eh vollkommen klar. Ich denke, man muss wirklich einmal dieses Konzept erstellen, man muss schauen, eine Trägerorganisation zu finden und man muss einmal den Mut haben und sagen, es geht da nicht darum, die Menschen da wegzubringen, sondern es geht um eine Diskussion um den öffentlichen Raum in der Stadt Graz, und der öffentliche Raum wird bei so einer großen Stadt wie Graz, es nun einmal ist, immer von Personen, die deviant sind, die vielleicht vielen anderen nicht gefallen frequentiert sein. Und das sagt auch die Polizei und die Ordnungswache, wenn die keine straffälligen Taten tun, dann wird das einfach immer so sein und damit muss man sich abfinden, man kann sich nicht erwarten, wenn man eine Soziothek aufsperrt, dass das Billa-Eck dann weg ist, dass dann alle von dort verschwunden sind, weil auch, wenn ich ein Alkoholverbot ausdehne und das Billa-Eck damit erfasse, wie gesagt, alle, die da unten stehen, trinken nicht und es wird trotzdem als sozialer Treffpunkt genutzt werden, weil für das wird es einfach jetzt genutzt. Und diese Ehrlichkeit muss man einfach haben und das muss man den Bürgerinnen und Bürgern auch einmal sagen, dass das einfach in der Stadt der Menschenrechte so ist. Wir sind

eine große Stadt, da gibt es bunte Menschen und diese bunten Menschen sind auch sichtbar. Und wenn man das rund um das Billa-Eck ausdehnen, dann sind die bunten Menschen halt am Andreas-Hofer-Platz oder sie sind am Jakominiplatz, sie sind in der Neuholdaugasse und wo auch immer. Es gibt keine Maßnahmen, die man setzen kann, wo man dann sagen kann, schwupp, und die bunten Menschen und die auffälligen Menschen und die lauten Menschen sind dann alle weg. In der ExpertInnenkommission ist man der Meinung, dass eine kurzfristig Maßnahme oder eine der möglichen Maßnahmen, die zur Verringerung dieses Problems führen, ist dass man nichts Neues aufbaut, sondern dass man das Bestehende einfach ausbaut, dass man mehr mobile Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter hat, dass man mehr Drogenstreetwork hat, mehr Jugendstreetwork hat, das man Beschäftigungsprojekte ausweiten kann und es braucht eine Fülle von Maßnahmen und ich glaube, das muss uns allen bewusst sein, dass es keinen Zauberstab gibt, der Soziothek heißt oder irgendwie anders heißt und dann ist alles in Ordnung (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner:** Sehr geehrter Herr Stadtrat, werter Gemeinderat! Ich werde jetzt gleich meine Punkte bei dieser Wortmeldung reinpacken. Zur Dringlichkeit können wir nur sagen, jeder der beim Billa-Eck vorbeigeht sieht, dass dieses Thema auf jeden Fall dringlich ist, lieber Harry. Du hast zwei Punkte in deinen Antrag gepackt, es ist so das Best of FPÖ der letzten Monate. Zu Punkt 1 kann ich sagen, zum Punkt Ausweitung des Alkoholverbots: Wenn du die zuständigen Stellen im Magistrat und im Rathaus angerufen hättest, wäre dieser Punkt nicht erforderlich, weil es ist alles auf Schiene. In den nächsten Wochen wird eine entsprechende Verordnung in den Stadtsenat eingebracht werden und dann ist Mario Eustacchio auch gefragt, dem zuzustimmen, den Vorwurf der Untätigkeit, das lassen wir uns sicher nicht vorwerfen, weil so eine Sache gehört wirklich gescheit vorbereitet, da muss man ein Ermittlungsverfahren durchführen gemeinsam mit der Polizei, dass das rechtlich wirklich gut abgesichert ist, das ist passiert und wie gesagt, in den nächsten Wochen

wird es eingebracht. Zu Punkt 2, der passt so gar nicht zu dir, Harry, das ist kein richtiger Harry-Punkt, ist er nicht. Aber wahrscheinlich ist das eine Auftragsarbeit für deinen Chef, der oder dem wird ja nachgesagt, dass er einen Hang zur ideologisch motivierten schlagenden Trinkräumen im Universitätsviertel hat. Aber jetzt ganz auf die sachliche Ebene gebracht, der Antrag, ich habe ihn jetzt nicht mit, wenn man den durchschaut, es ist wirklich von hinten aufgestellt, zuerst einmal nach einem Raum suchen und kein Konzept haben. Jeder, der im Internet recherchiert hat, wie das in Deutschland ausschaut, da ist wirklich ein sozialpädagogisches Konzept dahinter. Wir haben in unserer Stadt sehr wohl Möglichkeiten, wo die Leute sich zurückziehen können, zum Beispiel das Resi-Dorf oder das Vinzi-Dorf. In den anderen Städten hat man das auch gesehen, in der Innenstadt gibt es das nirgendwo, das ist immer ein bisschen außerhalb, wenn der Mario Eustacchio das in der Innenstadt machen möchte, dann bitte soll er sich gleich auf den Weg machen, er ist ja ohnehin jeden Tag in der Stadt unterwegs in den Caféhäusern anzutreffen, Gemeinderat Hötzl wird als Obmann der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender da auch sicher mithelfen, dass man eine geeignete Räumlichkeit findet. Wenn man jetzt den Antrag durchliest und genau schaut, Bier, Wein, Tee ja, härtere alkoholische Getränke nein, Drogen nein, Sozialarbeiter nur, wenn die Besucher der Trinkhalle das wollen. Die Regeln, wie das dort ablaufen soll, sollen auch von den Kunden erarbeitet werden, also da sehe ich das Ganze wirklich sehr problematisch. Wie das im letzten Gemeinderat oder vor ein paar Monaten diskutiert wurde, bin ich auch zum Billa-Eck runtergegangen, habe das mit Betroffenen diskutiert, ich bin froh, dass die Martina das jetzt auch inzwischen gemacht hat und ich habe so eine ähnlich Rückmeldung bekommen, nämlich, dass das nicht wirklich angenommen werden würde. Jetzt frage ich mich schon in den Vorgesprächen, die Grünen haben auch gesagt, das ist ein völliger Blödsinn, zuerst einmal nach Räumlichkeiten zu suchen und dann ein Konzept zu schreiben. Ich frage mich dann trotzdem, warum man diesem Punkt zustimmen möchte, das Gleiche hat Martina Schröck gesagt, die ja bezeichnet diesen Raum als Drogenkonsumraum irrtümlich jetzt gerade vorher bezeichnet hat, aber warum stimmt man dem dann zu, wenn man eh sagt, eigentlich die Betroffenen wollen den

Raum gar nicht und in Wirklichkeit ist es der falsche Weg? Zuerst die Räumlichkeiten zu suchen und dann ein Konzept zu schreiben, also ich verstehe es nicht ganz wirklich. Und die FPÖ schreibt von einer Hilfestellung in dem Antrag und ich denke, das kann nicht die einzige Hilfestellung für diese Leute sein, einfach Räume zu schaffen, ich denke, wie die Kollegin Potzinger auch richtigerweise gesagt hat, es gehört eine gescheite Wohnversorgung und auch die Möglichkeit, dass die Leute wieder auf den Arbeitsmarkt kommen, angeboten. Ich war jetzt einmal bei ERFA, habe mir das Angebot angehört, also das sind wirklich tolle Sachen, die haben auch Ideen, dass man zum Beispiel für den Sozialpass plant, dass Mitarbeiter von ERFA auch handwerkliches Geschick Sozialpassinhabern dann anbieten pro Quartal. Ich habe gehört, dass das von der Sozialstadträtin noch nicht so aufgenommen wurde, aber ich glaube, das wäre auch eine gute Möglichkeit, dass man das forciert, dass diese Leute...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Rücker übernimmt um 18.45 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stv.in **Rücker**: Herr Gemeinderat, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, 1 Minute 50 ist schon die Überschreitung.

GR. **Hohensinner**: Die Grazer ÖVP ist gegen Trinkräume und schon gar, wenn es kein Konzept gibt, also wir sind hier dagegen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schneider:** Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal diskutieren wir dieses Thema, es ist noch immer nicht gelöst. Ist das das Fanal unserer Unfähigkeit oder unserer Untätigkeit oder wenn man den Diskussionen hier ein bisschen folgt, reden wir über ganz verschiedene Dinge beziehungsweise haben wir oder einige in diesem Raum in ihren Köpfen einfach Vorstellungen, die weitab der Realität sind? Eines ist klar und da ist auch sehr richtig, was die Frau Sozialstadträtin gesagt hat, es wird Leute immer geben bei uns in Graz im öffentlichen Raum, die nicht die gleiche Lebensführung wie wir hier in diesem Raum haben werden. Worum es geht ist, dass wir eine Verhaltensänderung erreichen und zwar von denen, die momentan am Billa-Eck ihr verlängertes Wohnzimmer haben, die dort ihre Hunde frei rumlaufen lassen, das sollten sie nicht, die dort raufen und dann kriegt jemand, der vorbeigeht, einen Kinnhaken, davon müssen wir sie wegstreifen, da müssen wir uns noch bemühen. Es gibt Bemühungen, ich weiß nicht, Frau Sozialstadträtin vielleicht, nämlich die Drogenstreetworker haben angeblich eine Befragung durchgeführt, vielleicht kann man das auch zur Verfügung stellen im Sozialausschuss. Tätig sind auch die von der Stadt Graz direkt angestellten Sozialarbeiter, vielleicht kann man da auch einen Bericht machen, was da passiert ist in letzter Zeit. Eines muss klar sein, wir werden wegen diesem Problem jetzt nicht den Rechtsstaat aushebeln, Druck auf die Polizei machen, dass sie möglichst oft dort amtshandeln, zum Teil auf sehr dünnem Eis, ich habe das gestern wieder gesehen, dass da aus einem nicht sehr nachvollziehbaren Grund jemand abgeführt wurde auch. Letztlich haben die Leute das Recht, sich dort auch aufzuhalten. Sie haben nicht das Recht, andere Leute zu belästigen und zu gefährden, das muss klar sein. Zum Alkoholverbot, dem werden wir nicht zustimmen, weil das keine Lösung für das Problem ist, das ist bestenfalls eine Verschiebung des Problems, das führt zu überhaupt nichts. Zur Soziothek, ja, wir sind für die Soziothek, ganz klar, die Bezeichnung Trinkerstube oder Konsumraum ist in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll, reden wir einmal weiter von der Soziothek...

Zwischenruf GR. Hohensinner: In Deutschland heißt das Trinkhalle.

GR. **Schneider.** Lieber Kurt, das ist schön, dass das in Deutschland so oder so heißt, nur das soll uns jetzt nicht abhalten da selbstverständlich, lieber Kurt, weil du dir solche Sorgen machst auch, selbstverständlich, lieber Kurt, zur Verwirklichung von so etwas muss vorher ein Konzept her, aber bitte, das ist ja irgendwie klar und wir werden dem Punkt jetzt so zustimmen und wir werden darauf vertrauen, dass natürlich ein Konzept vorher geschrieben wird und das dann umgesetzt wird. Also keine Sorge. So eine Soziothek ist eine gute Idee, die wird sicher von einigen Leuten auch angenommen werden und die wird die Situation in der Stadt verbessern, deswegen werden wir diesem Punkt zustimmen. Dringlich ist die Sache auf alle Fälle und außerdem würde es mich freuen, wenn wir hier spürbare Verbesserungen in nächster Zeit erleben und umso weniger hier drüber diskutieren müssen im Gemeinderat. Dankesehr (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz:** Das Billa-Eck ist das Symbol für die Ohnmacht der Grazer Politik. Es gibt sechs Gemeinderatsparteien, Fraktionen, die alle unterschiedliche Zugänge haben, wie man dieses Problem in irgendeiner Art und Weise bewältigt. Das reicht von Trinkerhalle, Soziothek bis zum Einsperren, also die Bandbreite ist ja sehr groß, jeder hat einen anderen Zugang. Nur das Problem ist, das de facto es keine Mehrheit und keine Willensbildung gibt, dieses Problem zu lösen. Es ist pervers für eine Stadt, und jetzt sage ich nicht nur für eine Menschenrechtsstadt, für eine Gemeinde, für eine Kommune und für eine Gemeinschaft, dass wir zuschauen unter den Augen der Öffentlichkeit und in der Vorhalle des Rathauses, dass wir alle miteinander im Gemeinderat zusehen, wie sich Menschen vergiften, wie Drogen gedealt werden und sehr viele sogar noch in dem Gemeinderat die Selbstvergiftung und die

Selbstverstümmelung von Menschen als Ausdruck der persönlichen Freiheit sehen, das ist eigentlich abartig, das ist pervers, was sich hier abspielt. Das Billa-Eck ist der Ausdruck der Selbstverstümmelung und der Ausdruck einer Kleinkriminalität, einer Drogenkriminalität und auch der Ausdruck einer Demütigung, nicht nur der öffentlichen Demütigung jener, die unten stehen, sondern auch einer Demütigung jener Menschen, die am Hauptplatz ihr Geschäft machen wollen. Denn wie kommt die Firma dazu, die monatlich hohe Mieten zahlt, dass ihr Geschäft, der Bandagist, ihr Eingang belagert wird, wie kommen die Billa-Angestellten dazu, dass sie sich ständig beschimpfen oder beleidigen lassen müssen, aber ich sage auch, wie kommen jene dazu, die dort unten stehen, dass sie bespuckt werden und, und, und. Und das alles mitten am Hauptplatz, mitten im Zentrum. Jetzt gibt es natürlich den Zugang, ja verbieten, einsperren, ja wegsperren, das kann es natürlich auch nicht sein, weil du das Problem nur verlagerst. Aber dass wir einmal ein Problembewusstsein in dieser Stadt bekommen, dass vor eineinhalb Wochen im Grazer Stadtpark aufgrund des Wanderzirkusses dort unten am Billa-Eck vielleicht am Stadtpark einer an der helllichten Sonne bei 21 Grad dort liegt mit verschränkten Beinen und jeder vorbeigeht und keiner sieht, dass der eigentlich blaue Lippen hat und Schaum ihm aus dem Mund rinnt und eigentlich der Bursch schon so aussieht, als würde der demnächst zur Obduktion fahren, aber nur mehr sehr knapp mit der Rettung weggeführt werden kann, aber das gehört alles in dieser Stadt zum Ausdruck der persönlichen Freiheit? Der Selbstmord, der kollektive von Menschen, die in ihrem Leben offenbar keinen Halt mehr haben, das ist alles kein Problem, na man darf dort keineswegs autoritäre Maßnahmen ergreifen, man darf ja kaum erzieherische Maßnahmen ergreifen, weil sonst ist es auch schon autoritär. Wir unterstützen den Antrag, die Dringlichkeit, wie wir jeden Antrag unterstützen, auch in der Dringlichkeit, wenn es darum geht, dieses Problem als Synonym für ein Gesamtproblem in unserer Stadt und Gesellschaft endlich zu bewältigen. Wir halten persönlich nichts davon von der Soziothek. Ob du jetzt einen Drogenkonsumraum machst oder einen Alkoholikerkonsumraum, ich meine, die Zugangsweise ist gleich dumm, mit Verlaub gesagt, weil dann mache ich auch keinen Unterschied mehr zwischen Zigaretten,

Drogen oder Alkohol. Also wenn wir das alles quasi kontrolliert dann sehen, aber nicht die Ursache bekämpfen, dann ist das auch eine Bankrotterklärung. Wir rufen aber heute schon zu, wenn auch die Exekutivkräfte nur das durchführen, was in unseren Gesetzen steht, Personenstandskontrollen bei einer Ausweispflicht in Österreich, dann könnten wir vielleicht dem einen oder anderen die Situation so mies machen, dass er sagt, na dann suche ich mir einmal einen Platz, aber das tut ja die Polizei auch nicht. Und die paar Schwerpunktaktionen, die dann irgendwann einmal von der Politik angeordnet werden, die hält genau ein Monat, wie eine schlechte Kopfehtablette und dann ist das Problem wieder da.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ **Rücker**: Herr Gemeinderat, auch bei Ihnen ist die Redezeit lange überschritten.

GR. **Grosz**: Ja, zum Schlusssatz. Ich glaube, es ist daher die Aufgabe, vielleicht noch in dieser Periode des Gemeinderates dafür Sorge zu tragen, dass wir dieses Problem dort beheben und nicht noch weitere acht Monate zusehen, was sich dort unter den Augen der Öffentlichkeit abspielt (*Applaus BZÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich ist das Problem zu lösen, das muss gelöst werden; die Regierungskoalition von Schwarz/Grün ist schon viele, viele Monate säumig, hier entsprechende Handlungen zu setzen. Wenn ich den Kollegen Hohensinner höre, dass eh alles schon im Werden ist, dann frage ich mich, na Moment einmal, warum ist das nicht schon vor Monaten gemacht worden?

Zwischenruf GR. Hohensinner: Weil es gut vorbereitet gehört.

GR. Mag. **Mariacher:** Weil es gut vorbereitet werden soll, wir werden es nachher beurteilen, ob es wirklich gut vorbereitet ist. Derzeit ist die Situation äußerst krass, was nicht nur Medienberichte, sondern auch die entsprechenden Polizeiberichte belegen. Und, ich habe überhaupt kein Verständnis für diese Gruppe von Menschen, die da unten den Alkoholismus sozusagen zelebriert, den Jugendlichen, die am Hauptplatz durchgehen, sozusagen zeigen, hoppla es geht auch ohne Arbeit, es geht auch ohne Ausbildung im Leben. Wir haben so auch unseren Spaß, wir kriegen das Geld von der öffentlichen Hand, wir tun, was wir wollen und wir werden sogar von der Frau Sozialstadträtin eingeladen, unsere Wünsche zu äußern, dass man noch billiger als beim Billa den Alkohol kriegen können. Ich meine, wie weit sind wir in unserer Gesellschaft gekommen, dass wir solche Zustände tolerieren, hinnehmen und den Menschen nicht sagen, was wir von ihnen auch erwarten, welche Pflicht sie auch als Mensch in einer Menschenrechtsstadt auch zu erfüllen haben, um auf irgendwelche Rechte auch pochen zu können? Die Polizei wurde schon angesprochen und ich bin da durchaus auch ein bisschen kritisch den Exekutivkräften gegenüber, weil ich auch der Auffassung bin, dass nicht alle Polizisten, alle Möglichkeiten, die sie rechtlich eingeräumt haben seitens der Bundesgesetze, wirklich ausüben und ausführen. Ich denke auch daran, und das ist im größeren Bereich des Drogenthemas nämlich drinnen, dass Exekutivkräfte etwa darauf hingewiesen worden sind, dass Drogen gedealt werden beim Seebacher-Gymnasium konkret in Graz und von den entsprechenden Aussagen der Eltern, die Exekutivkräfte einfach die Achseln gezuckt haben und nicht einmal das schriftlich dokumentiert haben. Ich denke, wenn wir so mit der Gesundheit unserer Jugend umgehen, dann ist wirklich Feuer am Dach und das hört dann natürlich beim Alkoholismus nicht auf. Über das Konzept zur Soziothek bin ich gespannt, hier in diesem Antrag sehe ich es auch nicht, ich weiß nicht, wie es funktionieren könnte, ich kann es daher heute noch nicht beurteilen. Aber den

Antrag und die Notwendigkeit, hier etwas zu tun, das hat der Harald Korschelt gut herausgearbeitet und deswegen werde ich diesen Antrag unterstützen. Danke.

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreter, hoher Gemeinderat! Wenn dieses Problem nicht dringlich ist, was ist dann dringlich? Wie gesagt, jeder, der hier den Magistrat betritt, wird das sehen und ich glaube, Frau Stadtrat, Sie haben mir das beste Argument geliefert, wenn Sie sagen, dass Sie selbst, entweder selbst Umfragen gemacht haben oder befragt haben, dass 70 % der Jugendlichen, die hier unten stehen, bereit wären, wie auch immer, jetzt mit Kurt Hohensinner zu reden, eine Trinkerhalle zu konsumieren, eine Soziothek, wie auch immer, gleich, wie man die Räumlichkeit nennen will, damit hätten wir schon einmal 70 %, ich will nicht sagen, weg von der Straße, das hat immer so einen schlechten Beigeschmack, aber 70 % hätten schon eine Möglichkeit gehabt, sich in anderen Räumlichkeiten als wie hier aufzuhalten. Also das wäre schon einmal meines Erachtens ein sehr schöner und sehr großer Erfolg, der damit getätigt wird, das natürlich, ich glaube auch nicht an warme Eislutscher und das kann mir, glaube ich, niemand unterstellen, weil ich mich mit diesen Probleme sehr lange schon in Graz beschäftigt habe, dass natürlich so eine Großstadt wie Graz wird es natürlich immer ein Drogenproblem geben, es wird immer ein Prostitutionsproblem geben, es wird immer Probleme geben, aber man muss sie halt ein bisschen eingrenzen, man muss ja nicht unbedingt gerade hier im Mittelpunkt der Stadt abfeiern. Dann zu dir, lieber Kollege, Freund Kurt Hohensinner, viele deiner Argumente waren drittklassig, das muss ich sagen, deine Argumente waren drittklassig, das war ehrlich gesagt, war gar nicht deiner würdig, aber wahrscheinlich tust schon ein bisschen üben für Wahlkampfrethorik...

Zwischenruf GR. Hohensinner unverständlich.

GR. Mag. **Korschelt**: ...also ich verstehe mich schon, weil ich habe mich sehr wohl damit beschäftigt, aber nur das war drittklassig. Aber auf das will ich gar nicht eingehen, sondern ich will nur auf diese Sache eingehen, die man halbwegs noch vernünftig nennen kann. Kollege Mariacher hat das eh angesprochen, du sagst, es ist alles im Laufen. Gerade gestern, kann man rechnen, vielleicht vor 20 Stunden oder vor 25 Stunden waren wir auf einer gemeinsamen Veranstaltung auf der Uni, wo auch, seit 15 Jahren ist auf der Uni alles schon im Laufen und dort frage die Leute dann, die sagen alle schon, ich kann schon seit 16 Jahren nicht mehr schlafen. Da ist alles im Laufen und was ist im Laufen, gar nichts passiert und genau das gleiche ist da, da passiert ja auch wieder nichts dann. Da wird geredet, geredet und mir tun ehrlich gesagt die Jugendlichen tun mir auch leid, die da unten stehen, weil das sind ja Existenzen, die ja vernichtet sind. Natürlich ich weiß schon, dass mit der Soziothek jetzt nicht der Himmel auf Erden ausbricht, aber man findet immer, das ist natürlich lustig, wenn man gerade in meinem Zusammenhang jetzt sagt, man findet immer, wenn ich einen Antrag bringe oder speziell, wenn ich einen Antrag bringe, ein Haar in der Suppe, das ist natürlich lustig dann, kann man immer sagen, weil hätten wir auch gesagt, wir wollen ein Konzept, da hätten alle aufgeschrien und gesagt, aber zuerst brauchen wir ja einen Raum. Also es hätte niemand daran gehindert, die dringlichen Anträge sind ja seit gestern bekannt, es hätte dich ja niemand gehindert, einen Zusatzantrag zu stellen und wir wollen auch ein Konzept haben. Wir werden das natürlich nehmen und beim nächsten Mal werden wir uns erlauben, einen Antrag zu stellen, der Räumlichkeit und Konzept umfasst, vielleicht bis dahin, vielleicht kann mir dann die Frau Stadträtin schon sagen, lieber Kollege Korschelt, ich habe schon ein Konzept in der Tasche, ich würde mich sehr freuen. Danke (Applaus FPÖ).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Baumann** zum Antrag: Damit wir die Vielfalt der Argumente zur Lösung des Problems am Billa-Eck noch zusammentragen. Aus sozialarbeiterischer Sicht, also wenn man mit den Kollegen und Kolleginnen redet, die dort vor Ort Sozialarbeit betreiben, vom Drogenstreetwork ist geredet worden, aber von den Hot-Spot-Betreuern, die erzählen Sachen, dass aus sozialarbeiterischer Sicht nämlich die Existenzabsicherung der Personen dort sehr wohl gegeben ist. Also sozialarbeiterische Interventionen, Kurt, sind dort vor Ort nicht notwendig. Den Leuten geht es, und das sollte auch gesagt werden, den Leuten geht es, und wir haben auch in der Zeitung gelesen, den Leuten geht es dort vor Ort ausreichend gut. Nicht ausreichend schlecht, so wie es jetzt vom Problem oder von Problemmenschen gesprochen wird. Die haben nämlich zum Unterschied von anderen Personen, die diesen Ort nicht aufsuchen, nämlich eines, nämlich Kontakt, Kontakt zu anderen Menschen, Kontakt zu Menschen, die in ähnlichen Lebenssituationen sind, aber auch zu professionellen Helfern und Helferinnen und das ist entscheidend. Beziehungen aufzubauen, ob jetzt sehr tragfähige Beziehungen, kurze Beziehungen oder lange Beziehungen, das ist im Moment nicht ganz so wichtig, sondern Beziehungsangebote zu geben, die dann in Krisensituationen, aber auch in der Bewältigung des Alltags auf die dann die Leute aufbauen können. Deswegen ist die Soziothek eine Option, nämlich dass sich Menschen treffen zum Teil auch, wenn sie das selbst organisieren, sich zum Teil auch selbst unterstützen können in ihren Lebenssituationen und da fehlt uns natürlich einiges an Instrumenten. Eine ganz kleine Hilfe, die man dort den Menschen unten anbieten könnte, wäre zum Beispiel ein Mülltrennsystem vor Ort, ganz simpel, das würde uns Bürgerlichen in diesem Haus da sehr, sehr helfen, nämlich, da wäre dieser Sauhaufen weg und mit Sauhaufen meine ich jetzt nicht die Menschen, sondern den Müll, den diese Menschen, wenn sie sich den ganzen Tag da aufhalten, produzieren. Es gibt sinnvolle und weniger sinnvolle Argumente, sich mit

diesen Menschen auseinanderzusetzen, in der Beziehung Kontakt anzubieten und ich glaube, das sollten wir als Gemeinderäte und Gemeinderätinnen dieser Stadt tun und sie als Personengruppe, nicht als Problem, zu sehen, es ist heute ja gar nicht so stark gefallen nur von einem Kollegen, also dass wir mit ihnen in Kontakt treten, mit ihnen gemeinsam auch Lösungen finden. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Schröck**: Lieber, geschätzter Kollege Harald! Es ist wahrscheinlich wirklich so, wie dein zweiter Ziehsohn und Oskarkämpfer Kurt Hohensinner gesagt hat, das ist wahrscheinlich wirklich kein Antrag, der dir wirklich am Herzen liegt. Denn eines bist du ja sicher, allein schon aufgrund deiner politischen Erfahrung, du bist ja lernfähig. Und du hast aber auch schon richtig erwähnt, dass am 17. November des vergangenen Jahres dein Kollege Lohr denselben Antrag mit selbem Inhalt bereits eingebracht hat und die Kritikpunkte damals von uns und auch von der ÖVP sind, wenig verwunderlich, dieselben wie auch damals. Denn es gibt auch diesmal kein wirkliches Konzept in diesem Antrag, es gibt kein Konzept der Betreuung, der möglichen Besucher, es gibt kein Konzept der Sanktionsmöglichkeiten für Konsumenten etwa härterer Stoffe, sei es Alkohol oder auch Drogen, es gibt kein Konzept des Standortes, kein Konzept der Finanzierung für einen solchen Standort und es ist auch nach wie vor aus unserer Sicht nur das Konzept eines Drogenkonsumationsraumes light; und die Stadt hier in die Verpflichtung zu nehmen, einen solchen Raum zu subventionieren für Saufgelage oder andere Dinge unter Beaufsichtigung, das ist, gelinde gesagt, absurd. Dass die Problematik am Billa-Eck natürlich eine dramatische ist und dass die Entwicklung dort eine dramatische ist, das haben wir auch in der letzten Sitzung bereits mittels eines dringlichen Antrages versucht zu thematisieren, es hat nur leider nicht genützt. Aber wir sind der Meinung, dass dieser Antrag nicht der richtige Weg ist, um der Problematik dort Herr zu werden und der Frau Stadträtin Schröck, du hast gesagt, es gibt manche Dinge in dieser Stadt, die muss man hinnehmen, die sind so wie sie sind. Kriminalität,

Drogenmissbrauch, Drogenhandel wird von uns natürlich niemals hingenommen werden und das findet dort natürlich statt, das können wir jeden Tag sehen und beobachten, deswegen finde ich...

Zwischenruf GR. Herper: Das hat sie nicht gesagt.

GR. **Schröck**: Sie hat in diesem Zusammenhang davon gesprochen, das manche Dinge eben so sind wie sie sind und dass man die auch so hinnehmen muss. Darum werden wir dem Inhalt dieses Antrages nicht zustimmen können.

StR. Mag. **Eustacchio**: Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem ich ja auch jetzt des Öfteren im Zusammenhang mit diesem Thema angesprochen und erwähnt wurde, eine paar Bemerkungen meinerseits. Es ist halt spannend, wenn die FPÖ sich eines brisanten, sozialen, problematischen Themas nähert, man versucht das Ganze besonders schlechtzureden. Ich war positiv überrascht, wie wir das damals erstmalig zur Sprache gebracht haben, dass also die Zustimmung zu diesem Thema und auch zu einer Teillösung, man kann ja nur von einer Teillösung des Problems sprechen, so große Zustimmung gefunden hat. Verwundert bin ich jetzt darüber, dass man sofort versucht, das Ganze schlechtzureden, zu sagen, was ist mit den Konzepten...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Das ist nicht das Ganze, es fehlt das Konzept.

StR. Mag. **Eustacchio**: Und es liegt letztlich dann an uns allen, und da sind natürlich alle aufgefordert zu sagen, wie lösen wir das, wie bringen wir das zustande gemeinsam, weil ich entnehme der Zustimmung, dass alle sehr bewusst dieses Problem wahrnehmen und meinen, dass zumindest mit dieser Lösung eine Teillösung entstehen kann. Ich weiß es sehr wohl, dass wir es so nicht lösen können, dass wir nicht zu 100 % alles abdecken können. Aber wenn jetzt die Lösung kommt, es gibt ein Alkoholverbot, auch am Hauptplatz und in anderen Regionen, wer dann verdrängt wird, es ist ja immer wieder, und die Martina Schröck es hat es auch gesagt, angesprochen worden, dann verdrängen wir, dann lösen wir das nicht. Wenn wir aber dieses Alkoholverbot aussprechen und zugleich zumindest eine Räumlichkeit anbieten können, wo wir dann sagen können oder die Polizei sagen kann, ihr wisst ja, da geht es nicht, aber in der Straße XY, da gibt es eine Möglichkeit, dann haben wir zumindest eine Teillösung angeboten. Und mir geht es ja nicht nur darum, dass es hier die Möglichkeit, Alkohol zu konsumieren, gibt, der Herr Baumann hat es richtig gesagt, es geht darum, auch soziale Kontakte zu pflegen und, meine Damen und Herren von der ÖVP auch, dort werden nicht alle Menschen in einen Arbeitsplatz zurückzuführen sein, da gibt es Menschen, die sind nicht mehr arbeitsfähig, das muss man auch zur Kenntnis nehmen. Es mag uns nicht gefallen, ist aber so. Und wir könnten auch dort, ich war vor zwei Monaten beim Prof. Kurz im LSF, weil ich mich halt sehr wohl auch mit Menschen auseinandersetze und treffe, die nahe an der Thematik dran sind und der würde so etwas ebenso begrüßen, der würde das sogar erweitern und sagen, man könnte das so weit erweitern, dass man dort auch teilweise medizinische Hilfe anbietet, weil es sind ja oft nicht nur die Suchtproblematiken, es gibt ja Begleitumstände, die auch in die andere medizinische Betreuung führen. Also das kann man noch sehr gut ausbauen. Ich lade alle ein, sich darüber Gedanken zu machen, schaffen wir irgendein Konzept zusammen, dass die FPÖ jetzt nicht auf Knopfdruck da irgendwo eine tolle Paradelösung, wo alles abgedeckt ist, schaffen wird, ja, schaffen wir es zusammen, alle eingeladen, alle wissen um das Problem, ich bitte, machen wir gemeinsam eine Lösung und bringen

wir das auf eine Schiene, dann haben wir eine Lösung für Graz, eine Teillösung (*Applaus FPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 19.10 Uhr den Vorsitz.

GR. **Rajakovics:** Auch zur Erklärung, wie wir uns jetzt bei der Abstimmung verhalten. Kollege Korschelt, es ist fertig vorbereitet das Stück, kommt am 30. in den Stadtsenat, es wird die Erweiterung geben der Alkoholverbotzone, so wie es ihr auch mittragen werdet und gefordert habt, deshalb brauchen wir dem nicht mehr zustimmen, weil das kommt jetzt, ist fertig. Der Kurt hat ausführlich erläutert, warum es für so eine Verbotzone auch einer gewissen Vorlaufzeit bedarf, weil damit sie rechtlich gedeckt ist und es einiger Kommunikation auch mit der Polizei bedarf. Das Zweite zur Soziothek. Wir haben, bevor wir jetzt die Zone erweitern, und es wird immer auch Teil von Maßnahmen sein, die wir als Volkspartei in der Stadt versuchen zu setzen, wir haben vor jetzt inzwischen 14 Monaten vier zusätzliche Sozialarbeiter speziell für den Hot Spot, da war der Auslöser das Billa-Eck, auch dem Sozialamt ermöglicht und angestellt. Die haben ihre Arbeit aufgenommen, es gibt in unserer Stadt, auch von Seiten der Stadt Graz finanziert, zahlreiche Projekte, von der Marienambulanz, Resi-Dorf, Vinzi-Dorf etc. Gerade auch die Marienambulanz mit dem Marienstüberl, genau als dieser Treffpunkt, wo sowohl eine Möglichkeit ist, sich aufzuhalten, sogar mit einer Freifläche, als auch mit der Möglichkeit, sich medizinisch betreuen zu lassen, auch wenn man nicht einmal einen Krankenschein hat. Also es gibt diese Einrichtungen und ich glaube einfach, irgendwann muss man auch sagen, wenn wir Angebote schaffen, letztlich auch Angebote schaffen mit dem Projekt ERFA, sich auch zu betätigen und es sind manche Leute, die auch immer wieder am Hauptplatz sind auch tatsächlich in diesen Beschäftigungsmaßnahmen, die wir heute auch wieder

verlängert haben, über das ESF-Projekt beschäftigt, dann müssen diese Maßnahmen angenommen werden und irgendwann, glaube ich, und das ist ja normal, gerade eure Fraktion, die auf das auch pocht, irgendwann müssen wir sagen, ich kann Angebote schaffen, aber es muss auch Grenzen geben. Wenn ich in dieser Gesellschaft mitleben möchte und akzeptiert werden möchte, muss ich ein paar Spielregeln einhalten, die nicht dazu führen, dass sich Kinder oder ältere Leute einfach über einen Platz nicht drüber trauen mehr und das ist so, wenn ich heute am Andres-Hofer-Platz ankomme und irgendwie in die Stadt rein muss, dann muss ich leider dort durchgehen und wenn dort die Hunde herumrennen zu Mittag, und ich habe es gerade das letzte Mal wieder tatsächlich persönlich erlebt, meine Tochter hat gesagt, geh Papa, begleite mich, weil sie sich dort nicht vorbeigehen traut, weil ihr die Leute unheimlich sind und sie hat, zu Recht hat sie, vor allem wenn jemand betrunken ist, auch von den Hunden Angst und das Zweite ist, dass ganz einfach dort der Alkohol der Zeitvertreib ist und dass Drogendealen und das Drogenkaufen einfach dazugehört, und wenn ich diese Szene auch in Form einer Erweiterung einmal zumindest eine zeitlang auch zerschlage, dann habe ich auch einen Beitrag geleistet, weil der eine oder andere dieser Szene, der diese Angebote, die wir alle haben, auch annimmt, sehr wohl zumindest für eine zeitlang auch eine Möglichkeit hat, aus dieser Gruppe wieder auszusteigen. Und eine Soziothek, ich sage mitten in der Stadt, jetzt habt ihr das wirklich schon lange angekündigt, ich meine, ich hätte gerne einmal, weil ich kenne die Diskussionen gerade mit freiheitlichen Bezirksvertretern, ich habe sie im Marienstüberl miterlebt, ich habe wirklich genug Diskussionen miterlebt, ich hätte gerne einmal, dann kommt her und sagt, wir haben in der Innenstadt folgende Räumlichkeiten, das ist besprochen mit den Bürgern der Innenstadt und mit den Geschäftsleuten, dort gibt es ein offenes Ohr und eine offene Hand und die Räumlichkeit stehen zur Verfügung. Aber zu sagen, macht eine Soziothek, dann gehen die dort alle hin, die gehen dort nicht hin, weil Angebote haben wir in der Stadt und die Angebote müssen auch angenommen werden und deshalb ist im Moment halt die einzige Möglichkeit, wenn alle Angebote da sind, einmal zu sagen, so und jetzt muss es wieder eine Grenze geben und das heißt in dem Fall auch eine Erweiterung der

Verbotszone und deshalb werden wir, da das eine auf Schiene ist und wir vom anderen wirklich nichts halten, werden wir den beiden Punkten, die im dringlichen Antrag drinnen sind, keine Zustimmung geben. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Was ich heute vergessen habe zu erwähnen und das möchte ich jetzt tun, unser wirklicher 68er, Thomas Rajakovics hat heute Geburtstag, alles Gute (*allgemeiner Applaus*).

GR. Mag. **Korschelt**: Lieber Kollege Schröck, du verkennst auch ein bisschen die Situation, kommt mir vor, jetzt sitzt du da vier Jahre hinten, aber scheinbar hast du nicht ganz überrissen, wie es eigentlich läuft dann...

Zwischenruf GR. Schröck: Das ist die räumliche Nähe zu dir.

GR. Mag. **Korschelt**: ...weil es ist ja wirklich nicht die Aufgabe, dass wir hier jetzt Konzepte erstellen, dass wir hier Räumlichkeiten suchen, wir kommen jetzt gerade zu einem glorreichen Antrag von dir, forderst ja auch, wird ja auch niemand auffordern, dass du den Volkspark dort, den Zaun, dass du den dort schweißst oder was, also das ist ein bisschen witzig. Du hast schon ein bisschen eine witzige Auffassung, weil das ist ja nicht unsere Aufgabe, es kann auch gar nicht unsere Aufgabe sein, dafür gibt es ja eine Regierung, dafür gibt es so eine Art Parlament oder Gemeinderat, der auf

Probleme aufmerksam machen kann, aber das ist nicht unser Bereich dann, lieber Kollege...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Das ist doch seine Sache.

GR. Mag. **Korschelt**: Tu dich nicht aufregen, heute ist Geburtstag, wissen Sie eh, das ist schlecht, wenn Sie sich aufregen. Aber jetzt komme ich zum Geburtstagskind, nur ehrlich gesagt, das ist auch wirklich nicht unsere Aufgabe, irgendwo Räumlichkeiten in der Stadt zu suchen, dann findet ich sie und der Kollege Schröck in der Jungferngasse als nächstes dann im BZÖ-Lokal als nächste Räumlichkeit, also das kann ja wirklich nicht sein. Jetzt bin ich neun Jahre da herinnen und es sind wirklich sehr viele schon, hunderte, Anträge gestellt worden und hunderte Forderungen, aber da ist auch nie gesagt worden, dort genau, dort genau, dafür gibt es ja eine Stadtregierung, dafür gibt es einen Stadtrat, der sich über Konzepte den Kopf zerbrechen soll, aber wie gesagt, ich darf noch einmal darauf hinweisen jetzt auch in Gegenwart des Bürgermeisters, wir werden uns erlauben, beim nächsten Mal wieder denselben Antrag zu stellen, indem wir das erweitern werden, dass wir auch den...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Der eine ist abgehakt.

GR. Mag. **Korschelt**: Werden wir sehen, ob er abgehakt ist. Seit 15 Jahren sind wir auf der Uni und der ist immer noch nicht abgehakt, also abwarten, man soll den Tag nicht

vor dem Abend loben, liebes Geburtstagskind. Also warten wir ab und das Zweite, wir werden auch die zuständigen Stadtsenatsreferenten bitten, uns dann mit einer Terminsetzung ein Konzept vorzulegen, damit sich niemand aufregen kann, dass wir an das nicht gedacht haben, aber nur, dass man von uns verlangen kann, dass wir auf ein Problem aufmerksam machen, das wirklich dringlich ist, man kann ja, wenn man unten geht, sieht man das ja jederzeit und das ist wirklich keine besondere Visitenkarte für so eine Stadt wie Graz, weil es gibt ja, vielleicht fahren Sie einmal nach Wien, wo gibt es denn in Wien so etwas, das zeigen Sie mir dann, wo es das in Wien gibt, also so einen Hot Spot gibt es nirgends in Wien. Es gibt genauso, wie man es gesehen hat gestern, wenn immer wieder das Beispiel kommt, mit Lärm in Wien, gehen Sie einmal durch die Kärntner Straße, gibt es auch keinen Lärm, also so ist es nicht und da könnte man sehr wohl hier was machen und wir werden beim nächsten Mal noch einmal aufwärmen, dann werden wir sehen, wie die zwei zuständigen Stadtsenatsreferenten dann dieses Problem lösen werden. In diesem Sinne darf ich noch einmal ersuchen, den beiden Anträgen zuzustimmen (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir machen jetzt die getrennte Abstimmung. Wer für den ersten Punkt ist, dass die notwendigen rechtlichen und organisatorischen Schritte zur Umsetzung des Antrages gesetzt werden vom Gemeinderat mit Priorität betrachtet. Die zuständigen Stellen der Politik und der Verwaltung werden daher ersucht, ohne weitere Verzögerungen die Durchführung zu veranlassen. Wer dafür ist, bitte ein Zeichen mit der Hand.

Der Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Zweitens: Der Gemeinderat wolle weiter beschließen: Die zuständigen Stellen und politischen Vertreter der Stadt Graz, insbesondere der Liegenschaftsreferent, werden ersucht, geeignete Räumlichkeiten für die Einrichtung einer Soziothek im Sinne des Motivenberichtes zu suchen. Nach entsprechender Überprüfung sind diesbezügliche Ergebnisse dem Gemeinderat zur ebenfalls weiteren Beschlussfassung vorzulegen. Wer dafür ist, bitte ein Zeichen mit der Hand.

Der Punkt 2 wurde mit Mehrheit angenommen.

10) Einfassung und nächtliche Schließung des Volksgartens

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Sieht Harald, die ganze Aufregung umsonst, kannst wieder herunterschrauben den Blutdruck, alles gut gegangen. Meine Damen und Herren! Der städtische Volksgarten ist in den letzten Wochen geradezu einem Kreuzfeuer der medialen Berichterstattung ausgesetzt gewesen, angesichts der dortigen wahrlich katastrophalen Zustände. Und wir alle herinnen wissen oder sollten zumindest wissen, welche dramatischen Entwicklungen die Situation dort auch genommen hat. Man hat lange Zeit seitens der Stadtpolitik hier dem Verfall dieser ehemals wunderschönen Parkanlage zugesehen, bis der offene Drogenverkauf vor Ort, Schlägereien, umherstreunende Gruppen von rivalisierenden Jugendbanden die Verantwortlichen dann doch irgendwann zum Handeln zwangen, was größtenteils aber auch dem Unmut der dortigen Anrainerinnen und Anrainern des Parks geschuldet war. Die Polizei hat daraufhin Schwerpunktaktionen organisiert, stellte dort auch kiloweise Suchtgifte sicher und vertrieb auch sukzessive die Drogenbanden, welche sogar teilweise aus umliegenden Bundesländern angereist waren, weil es halt bei uns

leider für diesen Bereich besondere Sicherheit gibt. Die Stadt ihrerseits versuchte mit Sozialarbeitern und Streetworkern das Problem in den Griff zu bekommen und es trat auch langsam eine Verbesserung der unerträglichen Situation für die Bewohner dieses Viertels ein.

Inzwischen muss man aber die Situation im Volksgarten wieder als verheerend bezeichnen. Man ist wieder am Anfangspunkt des Problems, wie es sich auch schon vor Jahren dargestellt hatte, angelangt. Da gibt es jugendliche Dealerbanden, die durch den Park streifen, die sich teilweise schwer bewaffnet erbitterte Kämpfe mit rivalisierenden Banden liefern. Die Polizei stößt hier langsam aber sicher an ihre Grenzen und muss einräumen, dass man mit der damaligen Schwerpunktaktion an die personellen wie auch finanziellen Limits gelangt war und die mehr oder weniger regelmäßigen Razzien die einzige Möglichkeit sind, den jetzigen Status quo wenigstens halbwegs aufrechtzuerhalten.

Diese Entwicklung zeigt, dass es aller vom Ansatz her durchaus positiven Initiativen zum Trotz eine entgegen der Intention aller handelnden Kräfte vor Ort negative Tendenz hin zur Kriminalität in diesem Bereich unserer Stadt gibt. Gerade im Hinblick der wirklich hervorragenden Arbeit der Sozialarbeiter und Streetworker ist es umso schmerzhafter, wenn man sich eingestehen muss, dass dieses einstige Erholungsgebiet zu einem ununterbrochenen Verbrechensschauplatz mutiert ist, das sich allen Bemühungen um eine Verbesserung der Zustände widersetzt. In Hinkunft muss es im Interesse der politisch Verantwortlichen liegen, die Anrainerinnen und Anrainer des Volksgartens zu schützen und darauf Acht zu geben, dass eben jene Art der „Ghettoisierung“ in die Kriminalität hinein nicht um sich greift.

Man muss zusammenfassend festgestellt, dass die Koalitionsparteien in Graz hier keine greifbaren Erfolge im Volksgarten erzielen konnten, sondern dass vielmehr die Situation nun endgültig aus dem Ruder gelaufen ist. Der Bürgermeister beziehungsweise sein Sprecher hat im ähnlichen Zusammenhang einmal von der Rückeroberung des städtischen Raums gesprochen. Es ist tatsächlich an der Zeit, den Volksgarten aus den Fängen einiger skrupelloser Krimineller zu befreien und endlich Maßnahmen zu setzen, die den Anrainerinnen und Anrainern und Besucherinnen und

Besuchern des Volksgartens ihr subjektives Sicherheitsgefühl zurückgeben und auch die Anlage selbst vor Vandalismus und Kriminalität zu schützen. In England und vielen anderen europäischen Großstädten wie etwa Rom, wo das gerade jetzt eben durchgeführt wird, in skandinavischen Ländern ist es gang und gäbe, dass die Parkanlagen eben aus diesen genannten Gründen umzäunt werden und bei Anbruch der Dunkelheit auch geschlossen werden. Diesen Kriminellen ist der Volksgarten (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) als nächtlicher Umschlagplatz für ihre Geschäfte zu entziehen, um den Bewohnerinnen und Bewohnern der umliegenden Wohnungen wenigstens eine angenehme und vor allen Dingen sichere Nachtruhe zu gewährleisten.

Daher stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrat Graz werden aufgefordert, die rechtlichen und organisatorisch notwendigen Schritte zur baulichen Einfassung des Volksgartens zu erarbeiten. Im Zuge dessen sind auch die notwendigen Schritte zur Schließung dieser Anlage während der Nachtstunden von etwa 21.00 bis 08.00 Uhr Früh zu prüfen und darzulegen. Ich bitte um Annahme.

GR. **Schneider:** Sehr geehrte Damen und Herren, werter Kollege! Es wird gedealt im Volksgarten, das ist schlecht. Es gibt Jugendbanden, die ein Gewaltpotential haben, das ist auch schlecht, wobei man kann solche Sachen natürlich auch immer überdramatisieren; in dem Zusammenhang wäre es natürlich sehr interessant, auch genaue Berichte von Polizei und Sozialarbeit zu bekommen. Vielleicht kann man da was einrichten, aber eigentlich möchte ich über etwas anderes reden. Ich stehe heute hier als Vertreter der 99,9 % rechtschaffenen Grazerinnen und Grazer, die nicht mit

Drogen handeln, die keine Banden zu dem Zwecke, irgendwie gewalttätig oder kriminell zu sein. Ich habe auch Banden gebildet, wie ich sieben Jahre alt war oder mit zehn auch noch übrigens...

Zwischenruf GR. Schröck: Bist ein wijfer Kerl.

GR. **Schneider:** Ja, aber wir habe nichts weiter Schlimmes angestellt damals und schon gar nicht waren wir irgendwie gewalttätig über das Maß eines Zehnjährigen hinaus. Ich stehe hier als Vertreter dieser ganzen Leute, die eben nicht mit Drogen handeln und nicht gewalttätig sind und denen du den Volksgarten wegnehmen willst.

Zwischenruf GR. Schröck: Zur Sicherheit in den Nachtstunden bitte.

GR. **Schneider:** Genau, sperren wir vielleicht überhaupt, machen wir ein Ausgangsverbot zur Sicherheit der Leute. Folgendes, dass man im Volksgarten was tun muss, ist wichtig. Es geht nicht, dass sich manche Leute nicht mehr hintrauen, das muss man beseitigen, aber bitte doch nicht dadurch, dass man den ganzen Volksgarten den Leuten wegnimmt. Und mit Verlaub, und dieses Recht möchte ich wirklich allen Grazerinnen und Grazern zugestehen, sei es ...genau, es ist eine Hundewiese im Volksgarten zum Beispiel und gerade nach 21.00 Uhr oder vor 8.00 Uhr geht man ja vielleicht mit dem Hund das letzte Mal am Abend spazieren. Außerdem geht ein Weg durch, also es ist ja auch für den Verkehr in der Stadt Graz

wichtig, hier durchzukommen. Ich stehe für die Grazerinnen und Grazer heute hier, die das Recht haben, mit oder ohne Hunderl, die auch das Recht haben, mit einer Flasche Bier sich in einer Sommernacht sich einmal in den Park zu setzen und ich bin dagegen, dass nur weil man ein Bier trinkt, man gleich in irgendein Eck gestellt wird und ich stehe auch für die Grazerinnen und Grazer heute hier, die vielleicht in der Nacht aus romantischen Gründen in den Park gehen wollen und das ist ein Recht, das ihnen erhalten bleiben muss. Wir müssen hier anscheinend Probleme lösen und die lösen wir bitte nicht auf so eine radikale Art und Weise, dass es noch schlimmer wird, nämlich dass der Park ganz weg ist, sondern dass wir schauen, vielleicht können wir das auch auf so eine schnelle und unbürokratische Art machen wie der Herr Bürgermeister das mit seiner Kampagne mit dem Vandalismus gemacht hat, vielleicht kann man ja schnell etwas machen, dass einfach ein Gemeinschaftsgefühl, was den Volksgarten auch angeht, dass da ein Gemeinschaftsgefühl gestärkt wird und auch ein Bewusstsein, dass der eben für alle da ist und nicht für einige. In diesem Sinne, ich glaube, du hast aus meiner Rede schon entnommen, werden wir deinem Antrag nicht zustimmen (*Applaus Grüne*).

GR. **Kraxner:** Also vom Sommernachtstraum dazu möchte ich nicht Stellung nehmen. Zu deinem Antrag, Georg, was soll das Ziel sein? Soll das Ziel sein, dass wir alle Parkanlagen schließen? Bringt nichts, das ist eine Verschiebung der Probleme, darüber haben wir heute schon diskutiert. Was bezweckst du generell, du hast ja schon einmal so einen Antrag gestellt, du merkst, die Resonanz ist einfach nicht die größte, also warum stellst du ihn noch einmal, erste Frage? Stadtpolizeikommandant Kemeter hat verlautbart heute in einer Aussendung, es gibt bereits diese Schwerpunktaktion wieder, von der du in deinem Antrag schreibst, dass sie benötigt werden würde. Also es gibt sie bis zum Juni. Ich kann dir nur eines empfehlen, sprich mit der Bezirksvertretung, sprich mit der Polizei vor Ort, das haben wir im Bezirk Jakomini gemacht sehr erfolgreich, als im Augarten diese Probleme ganz massiv

waren und du wirst sehen, dass es zu einer wirklich einfachen Lösung führen kann, sprich mit den Anrainern, dass man gemeinsam, der Stefan hat das ja auch schon angezogen, dass man so zu einer Lösung kommen kann. Man muss nicht immer mit der massiven Keule kommen, Georg. Es bringt jetzt nichts, wenn man von Ausgehverboten oder sonstigen Sachen träumt, die wird es in Graz hoffentlich nie geben und gibt es auch nicht. Wie du merkst, wir werden weder der Dringlichkeit die Zustimmung geben noch dem Inhalt und hoffentlich beim nächsten Mal mit einem etwas glücklicheren Antrag. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kurt, ich wollte gerade auf dich zu sprechen kommen. Du hast vorhin beim Billa-Eck gemeint, na ja, die Koalition hat drei/vier Monate gebraucht, was zu entwickeln, was noch keiner weiß. Wir haben, und ich habe das selber damals vorgetragen, ich habe im September 2009 bereits über das Notstandsgebiet Volksgarten, dringlicher Antrag, hier eingebracht. Ich zitiere ganz kurz aus dem Antrag, weil das erschreckend ist und ich habe mich selber geschreckt, die Situation ist immer noch die gleiche, das heißt, die Koalition hat hier mit ihren Kontakten zur Bundespolizei überhaupt nichts erreicht.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Was hat das mit deinem Laptop zu tun?

GR. Mag. **Mariacher**: Ich zitiere: Demnach ist die Situation in diesem Notstandsgebiet Volksgarten in den letzten zwei bis drei Jahren, so sagte ich damals, massiv weiter eskaliert, richtigerweise völlig außer Kontrolle geraten. Eltern trauen sich nicht mehr, ihre Kinder und Jugendlichen selbst bei Tage, geschweige bei der Dämmerung, außer

Haus gehen zu lassen, alte Menschen fürchten sich davor, beraubt zu werden, schauen Sie sich an, wie die Situation dort ist, Fahrzeuge, gleich ob mit zwei oder vier Rädern ausgestattet, werden reihenweise gestohlen, Menschen beginnen zu verzweifeln und sich abzusiedeln. Die Situation im betroffenen Bezirk Lend spottet sowohl jedem Recht auf Heimat der hier verwurzelten Grazer Bevölkerung als auch einer Menschenrechtsstadt, indem Frauenrechte, Kinderrechte und vor allem das Recht auf körperliche, geistige und psychische Unversehrtheit tagtäglich mit Füßen getreten werden. Genau das ist eingetreten und genau das passiert heute noch. Wenn heute die Polizei kapituliert, dass sie sich nicht mehr in einer entsprechenden Mannschaftsstärke nächstens reintraut in den Volksgarten, weil sie nicht bei gleicher Anzahl der Gegner, der Banden, die hier auch bereits in den Medien erwähnt sind, sich traut, gegenüber aufzutreten und auf die doppelte Stärke verweist, da müssen hier Maßnahmen greifen und ich sage, um diese Banden zu vertreiben, ist mir diese Maßnahme des Einzäunens des Volksgartens durchaus eine adäquate, um hier eine Maßnahme zu setzen, um hier dieses Gebiet, dieses Notstandsgebiet wirklich einmal zu bereinigen, weil es unglaublich unverantwortlich den Anrainerinnen und Anrainern gegenüber so zu tun und einer solchen Sozialromantik wie dem Kollegen Schneider zu verfallen, der also in einer ist unglaublichen Art und Weise hier die Situation verkennt oder so verbrämt darstellt, dass sie mit der Realität null und nichtig etwas zu tun hat. Ich ersuche daher, diesen Antrag wirklich zu unterstützen, er ist ein erster Weg in diese Richtung, aber sicherlich auch nicht der letzte Schritt, um hier wirklich die Situation dieses Notstandsgebietes in Angriff zu nehmen. Ihr seid jahrelang säumig, tut etwas.

Bgm. Mag. **Nagl**: Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, werde ich, glaube ich, einmal eine Exkursionsreise in den Volksgarten planen, damit ein paar Persönlichkeiten, die hier sich zu Wort melden, vielleicht wirklich sich den

Volksgarten auch persönlich anschauen (*Applaus ÖVP*). Wir werden den Ausflug machen.

Zwischenruf GR. Grosz: Du kündigst leider immer nur an, hältst aber nichts ein.

GR. **Schröck:** Lieber Kollege Kraxner! Du weißt ja, ich schätze dich wirklich sehr. Die Position deiner Partei auf diesem, ich wollte dir natürlich nicht schaden damit jetzt innerparteilich, ich schätze dich trotzdem, aber die Position deiner Partei auf diesem Gebiet kann ich nicht nachvollziehen und verstehe sie auch überhaupt nicht, weil die Problematik im Volksgarten ist ja keine neue. Ihr selbst habt auch hier während vergangener Gemeinderatssitzungen diese Thematik ja schon behandelt und habt auch versprochen, auf dieses Problem einzugehen und Lösungsvorschläge zu bringen. Und ich habe auch noch die Worte vom Kollegen Schneider im Ohr, der damals gesagt hat, na ja jetzt müssen einmal die sogenannten konstruktiven Parteien nehmen sich jetzt dieser Sache an, die sogenannten Rechtsparteien mit ihren Law-and-Order-Methoden, die sollen... und wir machen das. Tatsache ist, es ist aber nichts passiert, die Situation ist gleich geblieben, wenn sie sich nicht sogar verschlechtert hat. Und wenn die Situation nicht tatsächlich so traurig wäre, könnte man ja auf diese Sprüche von damals, diese leider nur frommen Sprüche, ja fast hämisch reagieren. Und, Bernhard, du hast gesagt, Sommernachtsraum, das ist kein Sommernachtstraum, was der Kollege Schneider erzählt hat, das ist ein bisschen Kinder erzählen, weil 99,9 %, die du da genannt hast, die werden dir was pfeifen, da kannst nämlich ohne diese Leute in den Volksgarten gehen in der Nacht, weil die werden sich nicht hineintrauen. Da kannst du dann alleine dort sitzen, ein Lagerfeuer machen und schauen, dass dir nichts passiert. Zumindest einen eigenen Grillplatz dort

aufstellen möglicherweise in der Nacht, was auch immer. Die Situation ist aber nicht zum Scherzen, die Situation hat sich verschlechtert, wir haben andere europäische Großstädte, die man ruhig als Vergleich heranziehen kann. In England ist es natürlich traditionell gewachsen, dass dort die Parkanlagen umzäunt sind und geschützt sind; dass dieser Vergleich hinkt, weiß ich, aber in Rom hat man diesen Situationen, die dort ja auch passieren, bereits Rechnung getragen, man hat die ersten Parks umzäunt, auch in skandinavischen Großstädten passiert das und es passiert an sich, um das städtische Eigentum zu schützen und die Bürgerinnen und Bürger dort zu schützen. Die Stadt Graz vergleicht sich immer wieder gerne mit den Großen, allein Lisa Rücker hat heute in ihrem Statement zu ihrem 390.000 teuren Rädern gesagt, man müsse hier auch durchaus bei diesen Radprojekten Vergleiche zu Großstädten ziehen, die auch weit viel mehr Geld in die Hand nehmen. Warum dann ausgerechnet hier bei einem Lösungsvorschlag, der sich ja schon bewährt hat in einigen Ländern, hier gesagt wird, da geht es auf einmal nicht dieser Vergleich, der erschließt sich mir nicht. Ich kann nur sagen, Ihre Politik läuft wirklich darauf hinaus, dass man sagt, Kopf in den Sand, es wird schon von alleine besser werden, die Erfahrung zeigt, dass es das nicht tut, das zeigt sich am Billa-Eck und das zeigt sich auch hier im Volksgarten. Ich mache mir große Sorgen um dieses Gebiet, denn irgendwann wird die Lage wirklich eskalieren (*Applaus BZÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.